:antifaschistische nachrichten

Nr. 19

g 3336 20.9.2012 27. jahrg./issn 0945-3946 1,50 ¤

www.antifaschistische-nachrichten.de

„Zwischentag" in Berlin

BERLIN. Unter dem Namen „zwischentag" soll am Samstag, den 6. Oktober, in Berlin eine Messe stattfinden, auf der sich rund 30 Aussteller, darunter auch einschlägig rechte Verlage, Publikationen und Initiativen, präsentieren wollen. Organisator der Messe, die an einem derzeit noch nicht bekannten Ort stattfinden soll, ist der Mitbegründer des um die Wochenzeitung „Junge Freiheit" angesiedelten „Instituts für Staatspolitik", Götz Kubitschek, zugleich hauptverantwortlicher Redakteur der neurechten Zeitschrift „Sezession". Mitorganisator ist der einer Pennäler-Verbindung entstammende Felix Menzel, Gründer des Onlinemagazins „Blaue Narzisse". Insgesamt bis zu 1000 Besucher erhoffen sich die Veranstalter für die Messe, auf der am Abend zudem maximal 300 Teilnehmer zu einer Jubiläumsveranstaltung aus Anlass der 50.Ausgabe der Zeitschrift „Sezession" erwartet werden. Als Aussteller angekündigt werden zahlreiche Verlage wie „Ares" (Graz), „Antaios" (Albersroda), „Telesma" (Schwielowsee), „Regin" (Preetz), „Inspiration Un Limited" (Berlin), „Uwe Berg" (Toppenstedt), Publikationen wie die „Junge Freiheit" und die von der deutschtümelnden „Österreichischen Landsmannschaft" herausgegebene Zeitschrift „Der Eckart", die auf Initiative des FPÖ-Nationalratsabgeordneten Martin Graf in Leben gerufene Internet-Zeitung „unzensuriert", der rassistische Internet-Blog „PI-News", die „Berliner Burschenschaft Gothia", der „Bund Junges Ostpreußen", „Der Freibund", die „Bibliothek des Konservatismus" (Berlin), die „Stresemann-Stiftung", die sich am Verbindungsstudententum orientierende Mode-Marke „ProPatria" (Mannheim) und der Versandshop „KonMo" (Gittelde), auf dessen Textilien sich u.a. Konterfeis von Ernst Jünger und Stauffenberg finden. Im Rahmen eines Begleitprogramms werden u.a. Vernetzungsprojekte, Verlage und Zeitschriften wie z.B. die „Deutsche Sprachwelt" vor-

Fortsetzung Seite 4

Aus dem Inhalt:

Verfassungsschutz auflösen, nicht adeln	2
Neues vom Front National	7

Geheimdienste waren sehr wohl am Trio dran

Erste Sitzungen des NSU-Ausschusses nach der Sommerpause

Von Gerd Wiegel

Mit zwei Sitzungstagen und einer Gesamtlänge von 27 Stunden hat der NSU-Untersuchungsausschuss seine Arbeit nach der Sommerpause wieder aufgenommen. Und so wie es schon schlechter Brauch vor dem Sommer war, setzen Regierung und Geheimdienste die Serie von Pannen und Ungeheuerlichkeiten im Zusammenhang mit der Aufklärung der NSU-Mordserie fort. Am 11.9., vor Beginn der Zeugenvernehmung eines Vertreters des Militärischen Abschirmdienstes (MAD), wurde bekannt, dass der MAD 1995 versucht hat, Uwe Mundlos als Informanten zu gewinnen und es auch eine Akte über diesen Vorgang gibt. Dem Ausschuss hatte der MAD diese Akte jedoch nicht geliefert, obwohl die politische Spitze des Hauses seit März 2012 über den Vorgang informiert war. In der Sommerpause hatten viele Abgeordnete bei der Sichtung von Akten des MAD in der Außenstelle des Verfassungsschutzes in Treptow genau nach einer solchen Akte zu Mundlos gefragt, da dieser ja zwischen 1994 und 1995 Wehrdienst geleistet hatte. Antwort: es gibt keine Akte. Dienstag dann die „neue" Erkenntnis: der MAD hat sogar versucht, Mundlos als Informanten zu gewinnen. Ganz offensichtlich begreifen die Dienste in ihrem Geheimhaltungswahn nicht, dass jeder neue Vorfall ein (hoffentlich) weiterer Sargnagel für sie ist.

Der nächste dieser Sargnägel ließ nicht lange auf sich warten. In der Sitzung am 13.9. platze die nächste Bombe. Der Ausschuss wurde informiert, dass das LKA Berlin über zehn Jahre einen Informanten, Thomas S., aus der Naziszene geführt habe, der 2002 den Behörden einen Hinweis zum Aufenthalt des Trios gab. Thomas S. war in den neunziger Jahren mit Beate Zschäpe liiert und soll dem Trio Sprengstoff geliefert haben. Unklar blieb, ob das LKA Berlin dieser Info damals nachgegangen ist bzw. sie an Thüringen weitergegeben hat. Mundlos, Zschäpe und Böhnhardt wurden zu diesem Zeitpunkt noch mit Haftbefehl gesucht! Wie gegenüber allen Bundesländern hat der Untersuchungsausschuss auch gegenüber Berlin einen Beweisbeschluss, der das Land verpflichtet, alle Informationen zum Trio und seinem Umfeld dem Ausschuss →

Köln, 24.7.2012, Foto: K.R.

zur Verfügung zu stellen. Nichts dergleichen ist von Berlin geschehen. Man habe nichts in den Akten gefunden hieß es bis zum 13.9. Fast schon wie eine Farce klang da der ebenfalls am 13.9. veröffentlichte Bericht des stern, das Bundesamt für Verfassungsschutz habe die Akte zu Thomas S. gelöscht – allerdings habe der Ausschuss zuvor eine Zusammenstellung erhalten.

Was sich von Seiten der Inlandsgeheimdienste an Vertuschung, Chaos, Verschleierung und Lügen bezüglich der Akten und der V-Leute offenbart, hätte man in dieser Dichte kaum für möglich gehalten. Seit Juni bietet jede Sitzung des Ausschusses mehr als genug Argumente, dem Treiben der unkontrollierbaren Dienste endlich ein Ende zu bereiten.

Zeugen zu Hessen und Baden-Württemberg

Natürlich gab es auch Zeugenvernehmungen an den beiden Sitzungstagen des Ausschusses, die jedoch durch die Ereignisse fast in den Hintergrund gerückt wurden. Zu unrecht. Denn mit Andreas T., dem Verfassungsschützer aus Hessen der beim Mord an Halit Yozgat 2006 im Internetcafe in Kassel anwesend war und eine Zeit lang als Hauptverdächtiger galt, war eine schillernde Figur geladen. Sicher scheint, dass T. mit dem Mord nichts zu tun hat. Sein Verhalten und seine Aussagen blieben jedoch fragwürdig. Ein Verfassungsschützer, der sich nach einem Mord nicht als Zeuge meldet, der daheim eine Waffensammlung samt Baseballschläger und Messern besitzt, in seiner Jugend Abschriften aus „Mein Kampf“ anfertigt und sie bis heute verwahrt ist kein Argument für Vertrauen in die Dienste. Das galt auch für seinen Vorgesetzten, den ehemaligen Präsidenten des LfV Hessen, Lutz Irrgang. Die Ermittlungen gegen T. durch die Sonderkommission in Hessen wurden von Irrgang massiv behindert. Quellenschutz ist wichtiger als die Aufklärung eines Mordes, das war und ist das Credo von Irrgang. Es handele sich doch ‚nur um ein Tötungsdelikt‘, dafür könne man nicht seine Quellen preisgeben, so las es sich in den Mails des LfV, die in den Akten zu finden waren. Irrgang konnte an diesen Aussagen nichts Kritikwürdiges finden. Unterstützt wurde er darin vom damaligen Innenminister und heutigen Ministerpräsidenten Bouffier, der am 28.9. im Ausschuss als Zeuge vernommen wird.

Am 13.9. wurden Zeugen zum zehnten Mord des NSU an der Polizistin Michele Kiesewetter und zum Mordversuch an ihrem Kollegen gehört. Der Leiter der SOKO Parkplatz und der leitende Staatsanwalt wurden zu den Ermittlungen in Heilbronn befragt. Die extrem rechte Motivation dieser Tat lag sicherlich sehr viel weniger offen zu Tage als bei den anderen Morden der Serie. Dennoch wurden, so ergab die Befragung, auch hier Ermittlungen in Richtung einer politischen Motivation sehr schnell ausgeschlossen, wohingegen gegen Sinti- und Romafamilien, die in der Nähe des Tatort anwesend waren, unverhältnismäßig lange ermittelt wurde. Keine Anhaltspunkte konnten für einen gezielten Mord an Frau Kiesewetter gefunden werden, vielmehr scheint es den Nazis um PolizistInnen generell gegangen zu sein. Jedoch offenbarte auch hier der Blick auf die Sicherheitsbehörden Ungeheuerlichkeiten: z.B. Polizisten aus Baden-Württemberg die im rassistischen Ku Klux Klan organisiert waren, dafür jedoch nur eine leichte Rüge erhielten. Überhaupt, so musste es auch der frühere Leiter des LfV Ba-Wü eigenstehen, sei das Thema des militanten Rechtsextremismus auch im Ländle bis zur Entdeckung des NSU sträflich unterschätz worden. Mögliche Ankerpunkte des Trios, das sich nachweislich häufiger in Ba-Wü aufhielt, müssen durch die laufenden Ermittlungen geklärt werden und konnten in den Zeugenbefragungen nicht vertieft werden.

Der PUA setzt seine Arbeit am 27. und 28. September fort. Zeugen vom LfV NRW, zur Spur der Ceska-Waffe mit der neun Morde verübt wurden und der Hessische Ministerpräsident Bouffier sind geladen. ■

Verfassungsschutz: auflösen, nicht adeln

Rede von Petra Pau, Linksfraktion, am 13.9.2012 im Bundestag/Haushaltsdebatte

Vor zehn Monaten, am 4. November 2011, wurde ein innenpolitischer Super-Gau publik. Ein Nazi-Trio namens „Nationalsozialistischer Untergrund“ war mehr als zehn Jahre lang mordend und raubend durch die Bundesrepublik Deutschland gezogen – unerkannt und unbehelligt.

Neun Menschen, acht türkischer Herkunft und einer mit griechischen Wurzeln, wurden regelrecht hingerichtet. Außerdem erschossen sie eine Polizistin. So lautet die offiziell erzählte Geschichte. Man muss allerdings viele Fragezeichen übersehen, um dieser Version arglos zu folgen.

Seit einem halben Jahr versuchen wir im Untersuchungsausschuss Licht ins Dunkel zu bringen. Ich merke an: bisher konstruktiv, fraktions-übergreifend, ohne parteipolitisches Gezänk. Das finde ich politisch angemessen. Wir sind es den Opfern schuldig.

Nach allen bisherigen Untersuchungen gibt es mehr Fragen als Antworten. Es wimmelt nur so von Ungereimtheiten. Auch meine zentrale Frage ist weiterhin ungeklärt: Warum wurde die rechtsextreme Gefahr so lange, so gründlich, so tödlich unterschätzt? Und warum noch immer?

Eine Annahme erhärtet sich allerdings: Im Zentrum des Sicherheitsversagens agierten das Bundesamt und die Landesämter für Verfassungsschutz. Sie haben – vorsichtig formuliert – im besten Fall die polizeilichen Ermittlungen nicht befördert ...

Deshalb bleibt DIE LINKE dabei:

- Die Verfassungsschutzämter sind aufzulösen.
- Erstens ist die unsägliche V-Leute-Praxis einzustellen.
- Zweitens sind ihm alle Geheimdienstbefugnisse zu entziehen.
- Drittens ist der Verfassungsschutz zu einer kompetenten Politikberatung umzubauen.

Nun reden wir hier nicht nur über Innenpolitik, sondern auch über den Bundeshaushalt. Dazu wird es ein Jahressteuergesetz 2013 geben. Mit ihm würden allerdings die Versager-Ämter für Verfassungsschutz durch den Bundestag geadelt und befördert.

Der Verfassungsschutz soll künftig als finaler TÜV über die Gemeinnützigkeit von Vereinen und Initiativen entscheiden. Ämter, unfähig Morde von Nazis zu verhindern, sollen über Nutz und Fromm gesellschaftlichen Engagements richten. Das hat perverse Züge.

Zivile Courage gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus würde damit weiter verstaatlicht, verordnet, vor allem aber unter geheimdienstliche Willkür gepresst. Ebenso soziales Engagement und der Kampf um Frieden. Das ist wider den Geist der Verfassung.

Ich bitte Sie daher: Folgen Sie dem offenen Brief, den zahlreiche Initiativen im Juni an den Bundestag gerichtet haben. Darunter der BUND, der Republikanische Anwältinnen- und Anwälteverein, das Netzwerk Friedenskooperative und viele, viele mehr. Kehren Sie ein, und um. ■

MAD-Aktenskandal zu NSU-Terroristen hat Nachspiel

Fragen an Sächsischen Innenminister Ulbig

Zu den Akten des MAD über den NSU-Terroristen Uwe Mundlos erklärt Kerstin Köditz, Obfrau der Linksfraktion im NSU Untersuchungsausschuss:

Es ist nur ein Skandal mehr. Einer von vielen, die schon bekannt geworden sind, und wahrscheinlich einer von vielen, die uns noch bevorstehen. All die wohltönenden Behauptungen des Innenministers und der Behördenchefs, man werde alles Erdenkliche zur Aufklärung des Komplexes um das Netzwerk NSU tun, entpuppen sich wieder einmal als Sprechblasen. Es bestätigt sich erneut der Eindruck, dass in Sodom und Gomorrha im Vergleich zum sächsischen Landesamt wunderbar geordnete Verhältnisse geherrscht haben.

Die Parlamentarische Kontrollkommission ist über diese vom Militärischen Abschirmdienst nach Sachsen gelieferten Akten nicht informiert worden.

Ebenso gibt es bisher keine Aussagen zu deren Verbleib oder mögliche Vernichtung. Wenn die Akten dem sächsischen Geheimdienst zugeleitet worden sind, kann das nur heißen, dass sich auch Sachsen in der Neonazi-Gruppe um Mundlos bei der Bundeswehr befanden. Dieser Spur ist offensichtlich nach dem Untertauchen des Trios im Freistaat nicht nachgegangen worden. Bereits heute kann also festgestellt werden, dass es sich um einen schwerwiegenden Ermittlungsfehler handelt. Immerhin bestand einige Wahrscheinlichkeit, dass diese alten Kontakte hätten reaktiviert werden können.

Ich erwarte nunmehr, dass Innenminister Ulbig seinem Versprechen folgend, den Innenausschuss fortlaufend über neue Entwicklungen zum NSU zu informieren, in dessen morgiger Sitzung einen Sachstandsbericht liefern wird. Darüber hinaus werde ich in der Sitzung der Parlamentarischen Kontrollkommission am Freitag darauf dringen, dass der Weg der Akten im Geheimdienst nachvollziehbar gemacht wird. Sollte in diesen beiden Gremien die notwendige Aufklärung verweigert oder behindert werden, werden wir im Untersuchungsausschuss in dessen Sitzung am kommenden Montag die Vorziehung der Vernehmung des bereits als Zeugen geladenen ehemaligen Verfassungsschutzpräsidenten Reinhard Boos beantragen.

Kerstin Köditz ■

Verfassungsschutz auflösen – Rassismus bekämpfen

Demonstration am 10.11.2012 in Köln-Chorweiler

Das Bündnis „Verfassungsschutz auflösen!" ruft für den 10.11.12 zu einer Demonstration in Köln-Chorweiler – dem Sitz des Bundesamtes für Verfassungsschutzes – auf.

Verfassungsschutz auflösen – Geheimdienste abschaffen!

Gegen Rassismus und Extremismusquatsch!

Solidarität mit den NSU-Opfern und ihren Angehörigen!

Infos
http://vsaufloesen.noblogs.org/

Nazi-Überfall vor Gewerkschaftshaus

Nach Hannover und Barsinghausen im August 2012 dritte Nazi-Messerattacke in Lüneburg

Am Abend des 29. August 2012 wurde der Lüneburger Antifaschist O. von zwei Nazis hinterrücks angegriffen und mit einem Messer verletzt.

Nachdem er das Gewerkschaftshaus in der Heiligengeiststraße verließ, traten zwei Personen von hinten an ihn heran und sprachen ihn mit seinem Namen an. Als er sich daraufhin umdrehte, stach eine der Personen mit einem Messer auf ihn ein. Durch eine schnelle Armbewegung konnte der Messerstich abgewehrt werden und es kam nur zu einer Schnittwunde am Unterarm. Die Verletzung musste später im Krankenhaus versorgt werden.

Offensichtlich verfolgten die beiden Neonazis den Antifaschisten vorher eine Zeitlang und lauerten ihm dann auf. Knappe zwanzig Minuten vorher bemerkte er an einer Kreuzung einen PKW aus dem Landkreis Ludwigslus mit ca. 4 Neonazis. Diese erkannten und zeigten auf ihn. Es muss davon ausgegangen werden, dass ihn mindestens zwei dieser Neonazis bis zum Gewerkschaftshaus verfolgten und ihn dann dort angriffen.

O. wird wegen seines antifaschistischen Engagements seit Ende der 1980er Jahre von Nazis verfolgt und wurde immer wieder angegriffen. In den 1990er Jahren wurde er dreimal von Neonazis überfallen, wobei diese mit Messern auf ihn einstachen. Daneben wurden Autos von ihm beschädigt, Scheiben eingeworfen, Häuserwände beschmiert und mehrmals wurde er brutal zusammengeschlagen.

In der letzten Zeit häufen sich wieder neonazistische Aktivitäten in Lüneburg. Nach der NPD-Kundgebung am 14. Juli 2012 wurde am 13. August 2012 am Laden der Sozialistischen Jugend-Die Falken eine Scheibe eingeworfen und bei zwei alternativen Wohnprojekten kam es zu Bedrohungen durch jüngere Neonazis und rechte Jugendliche.

Da damit gerechnet werden muss, dass es zu weiteren Aktivitäten und Attacken von Neonazis in Lüneburg kommt, ist in nächster Zeit auf besondere Aufmerksamkeit zu achten.

Die Antifaschistische Aktion Lüneburg/Uelzen wird die Messerattacke und Naziaktivitäten in Lüneburg nicht unbeantwortet lassen und die Nazis bei ihrem Handeln offensiv entgegentreten.

Lüneburg, 30. August 2012, Antifaschistische Aktion Lüneburg/Uelzen"

In der DGB-Pressemitteilung heißt es:

„Gemeint sind wir alle! ... O. arbeitet seit Jahren als Vertreter der Antifaschistischen Aktion Lüneburg-Uelzen und der VVN/BdA unter anderem im Lüneburger Bündnis für Demokratie / Netzwerk gegen Rechtsextremismus mit uns zusammen gegen die extreme Rechte.... Unserem Mitstreiter O. gilt unsere uneingeschränkte Solidarität. ... Die erschreckende und offensichtliche Brutalität der Nazis wird für uns der Ansporn sein, um so mehr gegen die extreme Rechte aktiv zu werden. Wir lassen uns nicht einschüchtern!

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Für alle Kolleginnen und Kollegen im Gewerkschaftshaus Lüneburg

Matthias Richter-Steinke
DGB Regionsgeschäftsführer"
Quele: c.b.

gestellt und finden Diskussionsrunden statt, an denen u.a. Burschenschafter wie Norbert Weidner, umstrittener Schriftleiter der „Burschenschaftlichen Blätter“, und Manuel Ochsenreiter, Chefredakteur der extrem rechten Zeitschrift „Zuerst!“ teilnehmen wollen. *hma* ■

„Ellwanger Kreis“ tagte

OSTALBKREIS. Der „Ellwanger Kreis“ ist ein loser Zusammenschluss von etwa 30 bis 40 jungen Männern – zumeist Schülern oder Studenten – im Alter von 16 bis 25 Jahren aus der Region, die sich für „christlich-konservative“ bzw. „nationalfreiheitliche“ Positionen einsetzen wollen. Gegründet wurde der Kreis vor etwa einem halben Jahr und führt seitdem regelmäßig politische Stammtische und interne Diskussionsabende durch. Am 18. Mai dieses Jahres lud der „Ellwanger Kreis“ erstmals neben Gästen aus „gleichgesinnten Gruppen“ einen Referenten zu einem Vortragsabend ein. Eingeladen war Felix Menzel, Gründer und Chefredakteur des rechten Onlinemagazins „Blaue Narzisse“, der zum Thema „Ausländergewalt“ referierte. Dieser verfügt schon seit längerem über Kontakte zu zwei Ellwanger Akteuren des Kreises. Nun will der „Ellwanger Kreis“ weitere Vortragsabende durchführen, um die Bildungsarbeit im regionalen Bereich auszubauen. *hma* ■

Burschen fordern Ausschluss

Die „Initiative Burschenschaftliche Zukunft“ (IBZ) ist ein Zusammenschluss von bislang 25 Burschenschaften, der sich als Gegenstück zur extrem rechten „Burschenschaftlichen Gemeinschaft“ versteht. Angesichts der auf Ende November terminierten Fortsetzung des Burschentags und der zu erwartenden Diskussionen hat die IBZ nun in einem Positionspapier den Rücktritt aller Verbandsfunktionäre und den Ausschluss dreier Burschenschaften (Breslauer Raczeks zu Bonn, Dresdensia-Rugia Gießen und Danubia München) wegen „fortgesetzten verbandsschädigenden Verhaltens“ gefordert. Zudem soll künftig die Mitgliedschaft in der NPD unvereinbar mit einer Mitgliedschaft in der Deutschen Burschenschaft sein. Die „teils rechtsextremistisch und rassistisch motivierte Äußerungen und Provokationen einzelner Burschenschaften und Burschenschafter“ seien „nicht mehr erträglich“, heißt es in dem Papier. Sollte es im November zu keiner Einigung kommen, käme nur noch „ein friedliches Auseinandergehen“ in Frage. Unterdessen wurde bekannt, dass sich der umstrittene Schriftleiter der „Burschenschaftlichen Blätter“, Norbert Weidner, der Anfang der 1990er Jahre der Neonazi-Partei „FAP“ angehört hatte, sich am 20. November, drei Tage vor der Fortsetzung der Burschentags, wegen Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener vor dem Bonner Strafgericht verantworten muss. Die Anklage wirft Weidner vor, im Jahr 2011 den 1945 von den Nazis hingerichteten Theologen und Widerstandskämpfer Dietrich Bonhoeffer verunglimpft zu haben, indem er ihn im Bundesbrief seiner Burschenschaft als Landesverräter bezeichnete hatte. *hma* ■

Prozesse/Urteile

SCHWERIN. Der Chef der Schweriner Landtagsfraktion, Udo Pastörs, wurde am 16. August 2012 vom Amtsgericht wegen Verunglimpfung und Verleumdung zu einer Freiheitsstrafe von acht Monaten auf Bewährung verurteilt. Das Gericht folgte damit der Forderung der Staatsanwaltschaft, die den Neonazi wegen einer Landtagsrede 2010 angeklagt hatte, in der er den Holocaust indirekt leugnete und die Opfer des Nationalsozialismus verächtlich machte.

DORTMUND: Das Landgericht fällte nach zahlreichen Verhandlungstagen das Urteil über die zwei „Moscheebrandstifter von Bergkamen“, die im Juli 2011 mehrere Brände gelegt hatten. Der Haupttäter Mühlnickel muss vier Jahre und drei Monate hinter Gitter, der Mitangeklagte M. erhielt eine Haftstrafe von zwei Jahren, die allerdings zur Bewährung ausgesetzt ist. Der Richter verwies ausdrücklich auf die „extreme Ausländerfeindlichkeit“ der beiden, die sich auch im Umfeld der NPD bewegt hatten. Acht Brände gingen auf das Konto der Angeklagten, erst waren es Mülleimer und Container, schließlich der Rohbau einer Moschee und ein Papiercontainer in einem mit Migranten bewohnten Mehrfamilienhaus. So gab es nicht nur Sachschaden, sondern auch versperrte Fluchtwege und Rauchgasvergiftungen.

BAG Rechtsextremismus / Antifaschismus: Antifaaktuell 9/2012
ag.rex@die-linke.de ■

Tag der Sachsen Wehrmacht-Fans feiern beim Tag der Sachsen mit

Beim Tag der Sachsen in Freiberg haben erneut Wehrmacht-Fans einen eigenen Stand betrieben und sind mit Militärfahrzeugen aus dem Zweiten Weltkrieg durch die Stadt gefahren. Wie die Partei Die Linke am Sonntag mitteilte, handelte es sich dabei um eine Gruppe namens „Militärfreunde Sachsen“. Die Männer präsentierten sich demnach auf dem Fest mit über 300 000 Zuschauern in originalen Uniformen, Autos und Motorrädern der Wehrmacht und stellten unter anderem einen Wegweiser mit der Aufschrift „Moskau“ auf. Zudem zeigten sie kleine militärische Übungen.

Volker Külow, kulturpolitischer Sprecher der Linken, nannte die Vorfälle einen Skandal. Es sei „instinktlos“ und „kriegsverherrlichend“, wenn eine „mörderische Maschinerie wie die Wehrmacht verharmlost wird“. Der Linken-Politiker kündigte für Montag parlamentarische Konsequenzen an. So werde unter anderem eine kleine Anfrage an die Landesregierung geben. Insbesondere müsse sich Landtagspräsident Matthias Rößler (CDU) erklären, der als Präsident des Kuratoriums „Tag der Sachsen“ die Verantwortung für die Vorfälle trüge, so Külow.

Marcel Braumann, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE ■

Rechte in Geithein

GEITHAIN. Alarmierend klingen die Fakten in einer Antwort des sächsischen Innenministers Ulbig auf eine Anfrage der Linksfraktion im Landtag zur Situation dieser Stadt im Landkreis Leipzig. Nach einer Aufzählung der Gewalttaten von Neonazis und anderen Vorkommnissen in den letzten Jahren summiert das Innenministerium, dass im Raum Geithain eine aktive und straff geführte neonationalsozialistische Szene mit einem rhetorisch gewandten, ideologisch gefestigten Anführer existiert. Dieser Szene wohne ein hohes Gewaltpotential inne. In den zwei benachbarten Landkreisen und speziell in Geithain müsse jederzeit mit Gewalttaten gerechnet werden, deren Ziel vor allem politische Gegner seien.

ag.rex ■

„Keine Ruhe für Hoyerswerda“

Demonstration in Erinnerung an das rassistische Pogrom von 1991

Die Initiative „Pogrom 91“ aus Hoyerswerda und die bundesweite Kampagne „Rassismus tötet“ haben für den 22. September eine antifaschistische Demonstration unter dem Motto „Keine Ruhe für Hoyerswerda“ angemeldet.

Im September 1991 griffen Neonazis unter Mithilfe und Applaus vieler Bürger_innen zwei Wohnheime von Vertragsarbeiter_innen und Asylsuchenden im sächsischen Hoyerswerda an. Mehrere hundert Menschen belagerten die Unterkünfte fünf Tage lang, bis die Stadt alle Heimbewohner_innen aus der Stadt deportierte. Rassistische Bürger_innen und aktive Neonazis feierten Hoyerswerda als erste „ausländerfreie“ Stadt.

„Rassismus tötet“ und die Initiative „Pogrom 91“ fordern, dass die Ereignisse von Hoyerswerda auch in der Stadt selbst als rassistisches Pogrom anerkannt werden. Bisher verweigert sich die Stadt

Hoyerswerda konsequent die rassistischen Angriffe als Pogrom zu bezeichnen: auf Veranstaltungen zum 15. und 20. Jahrestag war auf zeitweise aufgestellten Gedenkstelen von „extremistischen Ausschreitungen“ zu lesen. Diese Bezeichnung relativiert die Ereignisse und verschweigt die rassistischen Motive der Täter_innen.

Bei einer Gedenkdemonstration der Initiative „Pogrom 91“ im vergangenen Jahr störte eine Gruppe gröhlender Neonazis eine Schweigeminute, die Polizei schritt nicht ein. Dafür zeigte sie sich umso entschlossener bei der Verfolgung von Antifaschist_Innen wegen vermeintlicher Vermummung: u.a. wurde ein Demonstrationsteilnehmer angezeigt, weil er sich seine Hand vor sein Gesicht gehalten hatte. Damit wollte er sich vor Nazis schützen, welche die Demonstrierenden abfotografierten. Mit der Demonstration in diesem Jahr soll … der Kriminalisierung von Antifaschist_innen entgegegetreten werden. … Die Forderungen der Initiative „Pogrom 91“ und der Kampagne „Rassismus tötet“ sind ein dauerhaftes Denkmal welches an das Pogrom erinnert sowie eine Entschädigung für die Betroffenen des rassistischen Pogroms von 1991.

Demo: 22. September 2012
Hoyerswerda
15.00 Uhr | Bahnhofsvorplatz

Informationen:
www.rassismus-toetet.de
http://pogrom91.tumblr.com/demo ■

St. Pauli-Fans ehren Edelweißpiraten in Köln

Am 17.9.2012 gastiert der FC St. Pauli in der 2. Bundesliga beim 1. FC Köln. Die St. Pauli-Fanszene legte im Vorfeld des Spiels einen Kranz am Ehrenmal der Edelweißpiraten in Köln-Ehrenfeld nieder.

In diesem Sommer beherrschte eine Diskussion über Sicherheitsfragen die Öffentlichkeit weit über die Fußballwelt hinaus. In den letzten Wochen trat jedoch das ein, wovor Experten schon lange gewarnt hatten: Gemäßigte und gesprächsbereite Fangruppen wurden durch den Druck von Medien, Verbänden und Vereinen geschwächt und verunsichert. Dies nutzen zunehmend rechtsradikale Gruppen, um in das entstehende Vakuum in den Fankurven vorzustoßen und sich dort mitsamt ihrer menschenverachtenden Ideologie zu präsentieren und Andersdenkende zu terrorisieren. Aachen, Duisburg und Dortmund seien da nur beispielhaft genannt.

Es ist also mal wieder an der Zeit aufzustehen und daran zu erinnern, dass sich faschistische Ideologien nicht von alleine verflüchtigen. Auch auf staatliche Organe kann man in diesem Zusammenhang nur bedingt vertrauen, wie das Trauerspiel um die Taten der rechtsextremen Terrorgruppe NSU zeigt. Ebenso ist es im Fußballzusammenhang in jüngster Vergangenheit mehrfach dazu gekommen, dass junge Fans, die sich gegen rechtsradikale Umtriebe gewehrt haben, nicht etwa für ihre Zivilcourage gelobt, sondern sogar mit bundesweiten Stadionverboten belegt wurden (Bremen, Mainz, St. Pauli…).

Dies ist Grund genug für die Fans des FC St. Pauli, mit den Edelweißpiraten eine Gruppe zu ehren, die in düsterster Zeit ein Beispiel für Mut und ehrenhaftes Engagement gegeben hat, was nicht hoch genug zu bewerten ist. Entstanden aus dem Willen, nicht im Gleichschritt der Hitlerjugend marschieren zu wollen und lieber frei zu sein, haben sich viele Edelweißpiraten von Köln bis Dortmund dem antifaschistischen Widerstand in den 30er und 40er Jahren angeschlossen. Etliche wurden dafür inhaftiert und misshandelt. Wir verweisen hier auf die hervorragende Infosammlung des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln:http://www.museenkoeln.de/ausstellungen/nsd_0404_edelweiss/index.html

Wir sind sehr erfreut, dass wir mit Gertrud „Mucki“ Koch (88) eine Edelweißpiratin begrüßen können, die im Rahmen der Kranzniederlegung aus ihren Erfahrungen berichten wird. Auch hier sei vorab auf ein Interview mit ihr verwiesen: http://www.eg.nsdok.de …

Alerta Antifascista!

Fanszene FC St. Pauli ■

Edelweißpiratin Gertrud Koch („Mucki“) mit einem Vertreter des FC St. Pauli FanClubs bei der Kranzniederlegung. (vor dem gemeinschaftlichen Singen von Edelweißpiraten-Liedern

Antifa: Zusatzschild für das Adam Opel Denkmal in Rüsselsheim!

Das monumentale Adam Opel Denkmal vor dem Opel-Hauptportal soll an seinem ursprünglichen Standort aufgestellt werden, und zwar mit einer Zusatzinformation über Emil Hub, dem Bildhauer der Statue.

Mit dieser Forderung geht der Sprecher der ANTIFA, passend zum Opel-Jubiläum, an die Öffentlichkeit. Hintergrund ist, so Reich, dass Emil Hub ein Künstler im Dienste der Nazis war, der an allen Nazi-Austellungen ab 1937 in München teilgenommen hat.

Dort hat Emil Hub ganz im Stil der Blut- und Boden-Ideologie zwei „Führer-Büsten“ aus Marmor und Bronze, ausgestellt.

Zu seiner prominenten Nazi-Kundschaft gehörte auch Joseph Goebbels.

Für völlig untragbar hält die ANTIFA die städtische Erläuterungstafel zum Opel-Denkmal. Hier werde verheimlicht und damit verfälscht, weil die Information über den Bildhauer in Nazi-Diensten fehlt.

„Genau wie bei Walter Köbel, wird in Rüsselsheim alles, was braun befleckt ist, unter den Teppich gekehrt und trotzdem in Ehren gehalten“, kommentiert Alexander Reich die neue Affäre in Rüsselsheim.

Nicht besser wird der Vorgang dadurch, dass von Emil Hub im Frankfurter Städel drei Plastiken vorhanden sind. Auch in Frankfurt fordert Reich einen anderen Umgang mit dem Nazi-Künstler.

Weil der Rüsselsheimer Autobauer mit großem Einsatz für seine Produkte wirbt, geht der ANTIFA-Sprecher davon aus, dass die Adam Opel AG alles daran setzen werde, den Schandfleck von 1937 schnell aus dem Sichtfeld der TV-Sender zu bekommen.

Alexander Reich ■

Neonazis im Westenkrug

Mitglieder verbotener Neonazi-Kameradschaften trafen sich in Hamm

In der Gaststätte „Westenkrug“ an der Victoriastraße fand am 8. September 2012 ein Treffen der Neonazi-Szene statt. Unter den Teilnehmenden befanden sich zahlreiche Führungskader der seit gut zwei Wochen verbotenen Neonazi-Gruppen „Nationaler Widerstand Dortmund“ und „Kameradschaft Hamm“. Dies teilte die Antifaschistische Aktion Hamm in einer Pressemitteilung mit. An der mehrstündigen Versammlung hätten über 30 Personen teilgenommen.

Wirt soll Neonazis Hausverbot erteilen

Der Wirt des „Westenkrug“ war über den Charakter der Veranstaltung und seine Gäste informiert. Er setzte die Neonazis trotzdem nicht vor die Tür. Auf Nachfrage gab er an, seine Gaststätte an die Neonazis zu vermieten, da er auf die finanziellen Einnahmen angewiesen sei. „Der Wirt macht sich zum Helfer der Neonazis, wenn er ihnen seine Räume überlässt“, so Michael Tillmann von der Antifa Hamm. …

Führende Neonazis der verbotenen Kameradschaften anwesend

Unter den Teilnehmern der Veranstaltung befanden sich Sascha Krolzig, der Anführer der verbotenen „Kameradschaft Hamm“ sowie Dietrich Surmann, Alexander Deptolla und Michael Brück, die der Führungsebene des verbotenen „Nationalen Widerstand Dortmund“ angehörten. Am Samstag anwesend war auch der Rechtsanwalt Andrè Picker aus Dortmund. Dieser ist zwar Mitglied der extrem rechten „Bürgerbewegung pro NRW“, zugleich aber auch der rechtliche Beistand der regionalen Neonazis. Nach der Verfügung des Innenministers ist den Kameradschaften aus Dortmund und Hamm jede weitere Aktivität untersagt, ebenso dürfen sie keine Nachfolgestrukturen aufbauen. Trotzdem konnten sie sich ungestört in Hamm treffen. „Dass die Polizei nicht eingeschritten ist, wirft einige Fragen auf“, so Michael Tillmann. Für die Antifa steht fest, dass die Verbote die Szene zwar verunsichert und temporär geschwächt haben, viele Neonazi-Aktivisten aber versuchen, neue Betätigungsfelder zu finden und Ersatzorganisationen zu gründen. Die Veranstaltung am Samstag sei als Versuch der Reorganisation zu werten. Dies müsse unterbunden werden.

Nachfolgeaktivitäten unterbinden!

Die Antifa wird die Neonazis weiter aufmerksam beobachten. Als mögliches Auffangbecken für die vom Verbot betroffenen Mitglieder bietet sich die NPD an. Vor drei Monaten habe man bereits Bestrebungen von Kameradschafts-Aktivisten zum Eintritt in die NPD beobachten können. Der Kreisverband Unna/Hamm stand diesen Bestrebungen offen gegenüber. Auch die von Christian Worch gegründete Mini-Partei „Die Rechte“ wird nun genutzt. Sascha Krolzig versucht aktuell, den Aufmarsch am 6. Oktober als Veranstaltung dieser Partei umzudeuten, um einem Verbot zu entgehen.

Hintergrundinfos: Neonazi-Treffen in Hamm

Der Kreisverband Unna/Hamm der Partei veranstaltet regelmäßig Treffen, die der regionalen Neonazi-Szene, unter anderem auch den seit dem 23. August verbotenen Gruppen „Kameradschaft Hamm“ (KSH) und „Nationaler Widerstand Dortmund“ (NWDO), als Ort der Vernetzung und des Austausches dienen. Antifa-Sprecher Tillmann dazu: „Auf Veranstaltungen wie der heutigen hetzen die Neonazis gegen Minderheiten, planen ihre Aktivitäten und bereiten den Boden für die Gewalt auf der Straße. Dies dürfen wir nicht zu lassen.“ Organisator dieser Treffen ist Hans-Jochen Voß, ein Versicherungsmakler aus Unna und Vorsitzender des NPD Kreisverbandes Unna/Hamm, der von der Polizei ebenfalls. Die letzte Veranstaltung dieser Art fand 11. August in der von Sascha Krolzig angemieteten ehemaligen Gaststätte an der Werler Straße statt. Dies war durch Recherchen von Antifa-Gruppen bekannt geworden. Damals referierte die Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck vor über 50 Neonazis. Die Räume in der Werler Straße können seit den Verboten nicht mehr genutzt werden.

Die Neonazis sind nun wieder auf Gaststätten als Versammlungsorte angewiesen. Bis 2009 fanden die regelmäßigen Veranstaltungen vor allem im Kreis Unna statt. Doch dort findet Hans-Jochen Voß keine Gastwirte mehr, die bereit sind mit ihm zusammen zu arbeiten. „In Unna haben die Gastwirte mehrfach deutlich gemacht: Nazis haben bei ihnen nichts zu suchen. Daran sollte sich der Wirt des Westenkrugs ein Beispiel nehmen“, so Tillmann. Besonders die NPD mietete Räume oft unter falschen Angaben. Behauptet wurde, ein Geschichts- oder Heimatverein würde sich treffen, in Wirklichkeit fanden dann aber Schulungsveranstaltungen der NPD statt.

Antifaschistische Aktion Hamm // aah.noblogs.org ■

Nazis ziehen Anmeldung zurück.

Hamm. Der geplante Nazi-Aufmarsch, der am 6. Oktober durch Hamm führen sollte, wurde am 11.9. vom Anmelder Sascha Krolzig abgesagt. Darüber hinaus teilte er mit, dass von ihm keine Veranstaltung an dem Tag geplant ist. Es bleibt jedoch weiterhin abzuwarten, ob ein andereR AnmelderIn aus dem rechten Spektrum versucht einen Aufmarsch zu organisieren.

Jetzt erst recht! Den 6. Oktober zum Tag der AntifaschistInnen machen.

Wie in den Jahren 2010 und 2011 planen wir auch für diesen Oktober eine gemeinsame Demonstration um auf den Nazi-Aufmarsch und weitere Themen aufmerksam zu machen. Im vergangenen Jahr kamen fast 700 Menschen zur Demo zusammen und setzten ein klares Zeichen gegen Rassismus und soziale Ausgrenzung und für ein Welt ohne Grenzen.

Trotz der Absage des Nazi-Aufmarsches wird unsere Demo am 6. Oktober stattfinden. Start ist wie im vergangenen Jahr auf dem Willy-Brandt-Platz. Unter dem Motto „Gemeinsam demonstrieren – Keine Zukunft der Vergangenheit“ rufen wir alle Menschen auf, sich für grenzenlose Solidarität und gegen Rassismus und soziale Ausgrenzung einsetzen und der Vergangenheit eine klare Absage zu erteilen.

Vorfälle wie in Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda wo unter dem Jubel einer frenetischen Menge „Deutscher“ Asylbewerberheime brannten oder der zehn Jahre lang wütetende „NSU“, welcher unbemerkt in Deutschland Menschen

Neues vom Front National:

Bemühen um Profilierung gegen den neuen EU-Vertrag

Das hätte sie gerne so, nur leider stimmt es nicht ganz mit der Wirklichkeit überein: Marine Le Pen behauptet, sie sei angeblich „Oppositionsführerin“ in Frankreich. Dies verriet sie, nach mehrwöchiger Abwesenheit von der politischen Bühne während des Hochsommers, am 4. September 2012 anlässlich ihres Interviews für den Fernsehsender BFM TV und die Rundfunkstation RMC (Radio Monte Carlo). Am selben Ort präzisierte die Chefin des FN: „Ich bin die Anführerin der Opposition gegen das System.“

Der Radio- und Fernseh-Auftritt Marine Le Pens markierte ihre Rückkehr auf die politische Bühne nach der diesjährigen Sommerpause. Am Wochenende darauf hielt Marine Le Pen sich in „ihrem“ Wahlkreis in Hénin-Beaumont in Nordostfrankreich auf. Dort scheiterte die rechtsextreme Politikerin im Juni 2012 nur knapp, mit 49,89 % der Stimmen, gegen ihren sozialdemokratischen Gegenkandidaten Philippe Kemel im Rennen um den Parlamentssitz. Aus verschiedenen Gründen – Marine Le Pen hat die Wahl bzw. die Entscheidung des Präfekten, eine neue Auszählung des Ergebnisses zu verweigern, angefochten; gleichzeitig laufen aber auch Wahlklagen gegen sie selbst wegen illegitimer Propaganda in Form gefälschter Flugblätter des Linkskandidaten Jean-Luc Mélenchon – erhofft sie sich nun aber eine Gerichtsentscheidung, die die Wahl für ungültig erklärt. Erklärtermaßen sitzt sie für den Fall einer Neuwahl in dem betroffenen Wahlkreis bereits in den Startlöchern.

UMP

Nun gibt es freilich noch andere, und zum Teil stärkere Oppositionskräfte. Da wäre die Linksopposition (französische KP, Linkspartei unter Jean-Luc Mélenchon, NPA …). Und da wäre die konservativ-wirtschaftsliberale UMP, Regierungspartei bis im Mai dieses Jahres, die an zwei Kongresstagen am 05. und 12. November 2012 ihre/n künftigen Vorsitzende/n wählen wird. Favoriten im Rennen sind Ex-Premierminister (2007 bis 12) François Fillon, auf einer etwas moderateren Position, und der derzeitige Generalsekretär der Partei: Jean-François Copé. Letzterer führt die Politik Nicolas Sarkozys in der letzten Phase (2010-2012), die bei Themen wie „Ausländerpolitik“ offen und ungeschminkt um rechtsextreme Wähler warb, weitgehend bruchlos fort.

In jüngster Zeit führte Copé eine Medienkampagne durch, die die Abschaffung der ‚Aide médicale d’Etat‘ (AME) zum Gegenstand hatte. Bei dieser handelt es sich um einen besonderen Zweig der Sozialversicherung, der den „illegalisier-

Fortsetzung nächste Seite

Essen: Demo gegen NPD-Zentrale

Die nordrheinwestfälische NPD hat ihre neue Landeszentrale im Essener Stadtteil Kray eingerichtet. Aus diesem Anlass ruft die Antifa Essen Z am 22.9.2012 zu einer Demonstration auf.

NPD-Zentrale dichtmachen!

Mehrere Jahrzehnte lang existierte in Bochum-Wattenscheid die Landeszentrale der nordrhein-westfälischen NPD. Nun hat die rechtsradikale Partei in der Marienstraße 66a im Essener Stadtteil Kray eine neue Bleibe gefunden. In den letzten Wochen fanden hier bereits mehrere Treffen statt, an denen Parteifunktionäre aus ganz NRW teilnahmen.

Die NPD verbreitet offen rassistische und antisemitische Positionen und stellt sich unverhohlen in die Tradition der historischen Nationalsozialisten. Sie ist aktuell die größte und erfolgreichste rechtsradikale Partei in Deutschland. Zumindest in Ostdeutschland ist es ihr zwischenzeitlich gelungen, sich auch auf der parlamentarischen Ebene zu etablieren. In Nordrhein-Westfalen hingegen erreichte sie bei der diesjährigen Landtagswahl ein Ergebnis von gerade einmal 0,7 Prozent und scheiterte damit deutlich an der Fünfprozenthürde.

Doch trotz ihrer parlamentarischen Bedeutungslosigkeit stellt die Partei auch in Westdeutschland insbesondere für Migranten und politische Linke eine reale Gefahr dar, denn immer wieder versuchen ihre Anhänger ihr menschenverachtendes Ziel einer ethnisch und kulturell homogenen Volksgemeinschaft mit körperlicher Gewalt umzusetzen. Die NPD bietet militanten Neonazis Infrastruktur und einen legalen Rahmen für ihre Aktivitäten. In Essen ist die rechtsradikale Partei seit einigen Jahren wieder überaus aktiv. Die Wahl des damals 26-jährigen Parteiaktivisten Marcel Haliti zum Kreisverbandsvorsitzenden markierte im Jahr 2009 einen Generationenwechsel in der Essener NPD. Haliti ist es gelungen, eine große Zahl junger und aktionistisch ausgerichteter Neonazis in die Strukturen des Kreisverbands einzubinden. Insbesondere in den Stadtteilen des Essener Nordens finden seither regelmäßig Infostände oder kleinere Kundgebungen statt, für die die Partei intern bis zu 50 Personen mobilisieren kann.

Die Eröffnung der NPD-Landeszentrale wird aller Voraussicht nach zu einer Ausweitung rechter Aktivitäten und zu einer weiteren Stärkung der rechten Szene in Essen führen. Wir wollen diese Entwicklung nicht hinnehmen und rufen deshalb zur Demonstration gegen die NPD und ihre Parteizentrale in Essen-Kray auf.

Antifa-Demo:
NPD-Zentrale dichtmachen!
22. September 2012 | 13:00 Uhr
S-Bahnstation Essen-Steele

Antifa Essen ■

ten“ Einwanderern unter bestimmten Bedingungen – Aufenthaltsdauer in Frankreich seit mindestens drei Monaten, und ein (angegebenes) Einkommen von unter circa 700 Euro monatlich – offensteht. Die AME wurde im Jahr 2000 durch die damalige sozialdemokratische Regierung eingeführt; nicht unbedingt aus purer Menschenfreundlichkeit, sondern unter Gesichtspunkt rationaler staatlicher Gesundheitspolitik. Tatsächlich birgt eine Situation, in welcher Zehn- oder Hunderttausende von Menschen von jeglicher Krankenversicherung ausgeschlossen bleiben, die Gefahr in sich, dass ansteckende doch leicht heilbare Krankheiten sich viel schneller und ungehinderter ausbreiten. Auch die von 2002 bis 2012 regierende bürgerliche Rechte hat deswegen die AME nicht abgeschafft, obwohl sie vor einigen Monaten – im Vorwahlkampf – mit Wirkung zum 1. März 2011 eine Pflicht zur Zuzahlung von 30 Euro (für die jährliche Verlängerung des Zugangsrechts zur AME) einführte. Die derzeitige Regierung aus Sozialdemokraten und Grünen respektive ihre Parlamentsmehrheit schafften diese Zuzahlungspflicht, die eine Reihe von Betroffenen faktisch vom Zugang zur Krankenversicherung abhalten sollte, im Juni 2012 wieder ab. Erstmals fordert Copé nun lauthals nicht nur die Wiedereinführung der Zuzahlungspflicht, für welche sich die konservative Rechte seit dem jüngsten Parlamentsbeschluss quasi unisono einsetzt, sondern lauthals die Abschaffung der AME als solche.

In Form von solchen (bürgerlich-)rechten Demagogen hat Marine Le Pen nach wie vor mit harten Konkurrenten zu kämpfen. Deswegen versucht sie auch, diese Rivalen argumentativ aus dem Weg zu räumen. „Wir haben es hier mit Leuten zu tun“, erklärte sie in ihrem Interview zur Rentrée, also zum Auftakt des neuen Polit- und Schuljahres, „die auf den starken Mann/den Mann der Vorsehung (im Original: ‚homme providentiel‘) warten. Nur war dieser starke Mann bereits an der Macht, und die Franzosen haben ihm die Kündigung geschickt“, dem früheren Präsidenten Nicolas Sarkozy natürlich. Ginge es nach Marine Le Pen, sollen die Französinnen und Franzosen nunmehr wohl eher auf eine Frau der Vorsehung warten…

„Stabilitätspakt“

Als einen der Dreh- und Angelpunkte ihrer politischen Kampagnen im neuen Schul-, Studien- und Politik-Jahr wählte Marine Le Pen die Kritik am so genannten „Stabilitätspakt“, der am 2. März 2012 durch insgesamt 25 von 27 Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union unterzeichnete wurde. Dieser neue EU-Vertrag sieht unter anderem die so genannten Schuldensperre oder (im Französischen und Italienischen so genannte) „Goldene Regel“ ein, also das Verbot sämtlicher Staatshaushalte, die ein jährliches Defizit aufweisen – was gravierende Folgen für die Souveränität der einzelnen Länder gegenüber nicht demokratisch gewählten Institutionen auf der EU-Ebene einerseits, für u.a. soziale Aufwendungen und Ausgaben der einzelnen Staaten andererseits haben muss. Dagegen gibt es, wie oft bei EU-Themen, nicht nur eine linke, sondern auch eine rechte Opposition – Erstere prangert die sozialen Konsequenzen und wirtschaftspolitischen Implikationen des EU-Instruments an, Letztere dessen supranationalen Charakter und den „nationalen Souveränitätsverlust“ als solchen. Die Linksopposition gegen den Vertrag wird am Sonntag, den 30. September 12 in Paris eine Großdemonstration gegen ihn durchführen.

Ihrerseits kündigte Marine Le Pen nun an: „Wir werden eine groß angelegte Aktion durchführen, um jenen das Wort zu erteilen, die wie immer die vergessenen Franzosen und die unsichtbaren Franzosen sind, die man nie nach ihrer Meinung fragt.“ Am Freitag, den 14. September 12 wurde diese Kampagne am Parteisitz des FN – in Nanterre bei Paris – mittels einer Pressekonferenz gestartet.

Der Front National fordert ein Referendum über die französische Zustimmung oder Nichtzustimmung zum Vertrag (wie, aus inhaltlich anderen Gründen, auf der linken Seite auch die KP derzeit für eine solche Volksabstimmung wirbt). Dazu wurde seitens der extremen Rechten eine Online-Petition im Internet freigeschaltet. Ferner bietet der FN Postkarten an, die, mit der Forderung nach Abhaltung eines Referendums versehen, an Staatspräsident François Hollande gesandt werden sollen. (Auch dies ist in gewisser Weise eine Nachahmung dessen, was die französische KP ihrerseits seit dem Ende der Sommerpause tut; am vergangenen Wochenende des 14. bis 16. September wurden auf ihrem Pressefest ‚Fête de l’Humanité‘, das durch die gesamte Linke besucht wird, eifrig Postkarten dazu vertrieben.) Verbalradikal spricht der Front National dabei von sich selbst als „Speerspitze im Kampf gegen den europäischen Staatsstreich“ – er qualifiziert den Vertrag als Putsch, da den Einzelstaaten ihre Budgethoheit, das Haushaltsrecht weggenommen werde – und gegen „die Vergewaltigung der Demokratie“. Wie auch anders motivierte Kritiker/innen des neuen EU-Vertrages prangert natürlich auch der FN den Bruch eines Wahlversprechens seitens des jetzigen Präsidenten François Hollande an, denn dieser hatte als damaliger Oppositionspolitik am 1. März d.J. in Lyon eine „Neuverhandlung“ des Vertrags im Falle eines Regierungswechsels in Aussicht gestellt.

Beobachter wie Abel Mestre in Le Monde vermuten allerdings, dass der FN es schwer haben könnte, sich gegenüber der breiteren (und inhaltlich unterschiedlich motivierten) Kampagne von links gegen den Vertrag Gehör zu verschaffen. Jedenfalls über sein eigenes Milieu hinaus. Die Kampagne des FN scheint allerdings stark auch auf die Remobilisierung der eigenen Parteibasis ausgelegt zu sein.

Internationale Vorgänge

Die aktuellen internationalen Spannungen, die durch einen bewusst als Provokation der Moslems konzipierten Film („Die Unschuld der Muslime“) – das Werk in den USA lebender christlicher Extremisten, mit teilweise ägyptisch-koptischem und teilweise evangelikal-nordamerikanischem Hintergrund – ausgelöst wurden, geben Marine Le Pen einmal mehr Anlass zum Propagieren einer neutralistischen Position. Also einer Position, die im Wesentlichen ein Sich-Heraushalten aus den zentralen internationalen Konflikten fordert, da (sinngemäß) französisches Blut zu wertvoll sei, um für fremde Interessen oder internationale Lobbies – welche einen Weltstaat anstreben – geopfert zu werden.

Bezüglich des Films der rechten Christenspinner aus Kalifornien – ein grottenschlechtes Machwerk, in dem der islamische Prophet Mohammed u.a. als Homosexueller gebrandmarkt wird – merkte Marine Le Pen am 13. September 12 an: „Ich sehe nicht den Nutzen, die Gläubigen in ihren Glaubensüberzeugungen zu provozieren. Aber ich bin stärker noch der Freiheit der Meinungsäußerung verpflichtet: Man darf alles sagen.“ Die Hauptstoßrichtung ihrer Argumentation richtete sich dann aber gegen die US-Außenpolitik: Diese habe, indem sie angeblich die Umstürze in arabischen Ländern (sie nannte Tunesien und Libyen) hervorgerufen habe – bei denen es sich zumindest im tunesischen Falle in Wirklichkeit um eine tatsächliche Revolution handelte –, „Fundamentalisten, Salafisten an die Macht gebracht“. Was wiederum Unsinn ist, denn die stärkste der drei tunesischen Regierungspartei zählt zwar zum Spektrum des politischen Islam, keinesfalls aber zu den Salafisten. Der Fehler sei gewesen, so wiederum Marine Le Pen, „dass wir (d.h. Frankreich) den USA folgten“.

Die USA hätten darum die aktuelle Bedrohung verschuldet. Diese selbst wiederum malte Marine Le Pen am Montag früh, 17. September in einem Radioauftritt in überzogen finsteren Farben aus. Den kleinen Aufmarsch von rund 250 Salafisten am Samstag Nachmittag in der Nähe der Pariser US-Botschaft – 150 der Teilnehmer an der unangemeldeten Aktion wurden festgenommen – kommentierte Marine Le Pen am Montag in den Worten: „Morgen könnten es nicht 250 Leute sein, die demonstrieren, sondern vielleicht 100 000!

Bernard Schmid, Paris ■

Gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus

Ungleichbehandlung von Kolleginnen und Kollegen in Betrieben und Verwaltungen, fremdenfeindliche Schmierereien oder rechte Stammtischparolen am Arbeitsplatz oder in der Schule und Demonstrationen sowie Veranstaltungen rechtsextremer Parteien und Gruppierungen kommen immer wieder und überall vor. Daher machen Aktionen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus immer Sinn.

Nutzt unser Aktionsset und setzt ein Zeichen für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus.

Ihr könnt *kostenlos* bei uns Fahnen, Aufkleber, Plakate und Eindruckplakate bestellen. Für konkrete Aktionen leihen wir Euch kostenlos Banner aus. Lediglich die Versand-und Portokosten müssen von Euch übernommen werden.

Unser Angebot gilt solange der Vorrat reicht. *www.gelbehand.de*■

Flüchtlinge aus Nordafrika: Aufnahmeprogramm ausweiten

Zur Ankunft von Flüchtlingen aus Nordafrika am 3.9.2012 erklärt die migrationspolitische Sprecherin der Landtagsgrünen Filiz Polat:

„Wir heißen die Flüchtlinge herzlich willkommen. Das aktuelle Aufnahmeprogramm ist ein guter Anfang und muss auf jeden Fall eine Fortsetzung finden. In Anbetracht der viel größeren Möglichkeiten zur Unterbringung von Flüchtlingen erwarten wir von der Niedersächsischen Landesregierung, dass sie ihrer humanitären Verantwortung gerecht wird und eine sofortige Ausweitung der Plätze verfügt. Niedersachsen könnte pro Jahr 300 Personen aufnehmen. Dabei schauen wir nicht nur auf Tunesien und die anderen Staaten in Nordafrika, sondern auch auf die aktuellen Kriegsgebiete wie Syrien oder Mali."

Quelle Pressestatement Bündnis 90/Die Grünen im Niedersächsischen Landtag 05.09.2012

Stadt Heidelberg steigt von Sachleistungen auf Bargeldzahlung um

Als erster der 44 Stadt- und Landkreise steigt die Stadt Heidelberg bei der Form der Leistungsgewährung im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes vom Sachleistungssystem auf Bargeldzahlung um. Seit 1. August 2012 gelten die vom Ministerium für Integration verabschiedeten neuen Anwendungshinweise zum

Flüchtlingsaufnahmegesetz. Unter Punkt 4 wird dort zwar festgehalten, dass das Asylbewerberleistungsgesetz Sachleistungen vorsehe, dass aber (wie in den meisten Bundesländern praktiziert) unter bestimmten Voraussetzungen auch Bargeld ausgezahlt werden kann. In Heidelberg soll auf Bargeld umgestellt werden, sobald die laufenden Verträge im Rahmen des aktuellen Gutscheinsystems dies zulassen. In anderen Landkreisen kommt dieser Prozess schleppend bzw. überhaupt nicht voran. So gibt es im Landkreis Heilbronn keine Reaktion auf einen Essenspaketboykott im Lager Brackenheim. Laut Auskunft des Landratsamts habe sich das Sachleistungssystem bewährt.

Quelle: Flüchtlingsrat Baden-Württemberg 31.08.2012 ■

Plakatkampagne bedient anti-muslimische Ressentiments

„Die vom Bundesinnenminister losgetretene Kampagne „Vermisst" suggeriert, dass es massenhaft zu Radikalisierungen von jungen Muslimen kommt. Das ist mit nichts belegt" so die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, Ulla Jelpke:

„Trotz des massiven Protestes der muslimischen Verbände hat das BMI seine Kampagne online bereits am 27. August gestartet, bald folgt die Auslieferung von Plakaten und Broschüren. Ein Gewinn an Sicherheit oder eine Eindämmung von Radikalisierungstendenzen wird mit der Kampagne nicht erreicht. Wohl aber werden anti-muslimische Ressentiments gestärkt, die den Islam für eine zu Extremismus und Gewalt führende Religion halten. Das BMI bedient Stimmungen, wie sie von den rechtsextremen Unterstützern von „Pro Deutschland" und ähnlicher Vereinigungen bewusst geschürt werden. Im Ergebnis steht also ein Verlust von Sicherheit für Muslime in Deutschland. Diese Kampagne muss sofort gestoppt werden. Das wird DIE LINKE auch im Innenausschuss des Bundestages auf die Tagesordnung setzen lassen."

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de/31.08.2012 ■

Griechenland: Krankenhausärzte wollen Migranten weiter behandeln

Vor den Wahlen am 6. Mai 2012 kündigte der griechische Gesundheitsminister, Andreas Loverdos, an, undokumentierte Migranten sollten keine Behandlung mehr in öffentlichen Krankenhäusern erhalten. Nur besonders schwere Notfälle sollten künftig medizinisch versorgt werden. Ärzte aus unterschiedlichen Kliniken taten sich als Reaktion darauf zusammen und veröffentlichten über ihre Gewerkschaft (OENGE) eine klare Stellungsnahme, in der sie unmissverständlich erklärten, sich gegen Loverdos Aufforderung zu stellen. Undokumentierte Migranten und Flüchtlinge würden weiterhin ärztlich behandelt werden. In der Stellungnahme heißt es: „Wir kündigen an, dass wir die kürzlich geäußerten Instruktionen vor den Wahlen durch Herrn Loverdos ignorieren und unsere medizinischen Berufe weiter ausführen." Dimitris Varnavas, Vorsitzender der OENGE, sagte mit Bezugnahme auf die rassistische Hetze der rechtsradikalen Partei Golden Dawn: „Wenn Herr Loverdos seine politischen Obsessionen befriedigen oder den Unterstützern von Golden Dawn Zugeständnisse machen möchte, hat er jede Möglichkeit, dies zu tun – nicht jedoch, indem er sich die professionelle Verantwortung und Würde der Klinikärzte zu Nutze macht."

Quelle: http://www.proasyl.de n

Petition gegen Gutscheine in Niedersachsen

Es gibt eine Petition an den Niedersächsischen Landtag zur Abschaffung der Gutscheine für Flüchtlinge und für die Auszahlung von Geldleistungen. Diese Petition ist von der Kooperative Flüchtlingssolidarität verfasst worden und wird auch von dieser Gruppe im Herbst an den Landtag geschickt. Die Petition soll durch zahlreiche Unterschriften unterstützt werden. Dazu ist eine homepage eingerichtet worden (genau genommen handelt es sich um eine Unterseite der homepage des Flüchtlingsrates). Unter www.solitausch.org ist die Petition zu lesen und zu unterzeichnen. Auf dieser Seite sind auch noch weitere Informationen zu Umtauschinitiativen in Niedersachsen zu finden. Wir bitten Euch und Sie die Petition zu unterzeichnen und weiter zu verbreiten. Es gibt auch die Möglichkeit den Petitionstext und eine Unterschriftenliste von der Website herunter zu laden und dann auf konventionellem Wege zu unterschreiben bzw. Unterschriften zu sammeln. Die unterschrieben Listen sollen dann bitte an den Flüchtlingsrat Niedersachsen geschickt werden:

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. ■

Flüchtlingsunterkunft Bernburg – Unzumutbare Zustände

Der Flüchtlingsrat fordert eine sofortige und nachhaltige Beseitigung der hygienischen Missstände

Bereits in den ersten Monaten dieses Jahres waren akute Missstände wie Kakerlakenbefall, Gruppenduschen ohne Geschlechtertrennung und mangelnde Privatsphäre bekannt geworden. Erst durch das öffentliche Interesse sah sich die Heimleitung genötigt, einige Mängel zu beseitigen. Inzwischen gibt es zwar getrennte Duschräume für Frauen und Männer, allerdings ohne Duschvorhänge oder Sichtschutz, die grundlegenden Missstände insbesondere der massive Ungezieferbefall haben sich jedoch nicht geändert.

Betroffen sind alle Bewohnerinnen und Bewohner, besonders unerträglich ist es jedoch für Mütter, die befürchten müssen, dass ihren Säuglingen im Schlaf die Kakerlaken über den Körper laufen. Statt einer intensiven Beseitigung teilt die Heimleitung Kakerlakenfallen aus, die angesichts des Ausmaßes der Plage unwirksam sind. Darüber hinaus sollen die Bewohnerinnen und Bewohner Kakerlakenspray in den Wohn- und Schlafräumen verwenden, dessen gesundheitliche Nebenwirkungen mindestens fragwürdig ist.

Die Gemeinschaftsunterkunft in Bernburg (Salzlandkreis) wird von dem Kreisverband der Arbeiterwohlfahrt (AWO) betrieben. Das Heim befindet sich am Rand der Stadt in einem Industriegebiet. Dort gibt dort keine anderen Wohnhäuser, die nächste Einkaufsmöglichkeit liegt ca. 30 min zu Fuß entfernt, ebenso Sozialamt, Arzt, Schule und Kindergarten. Die Bewohnerinnen und Bewohner leben beengt. Teilweise verlaufen Fallrohre der Sanitäranlagen durch Schlafräume von Bewohnerinnen und Bewohner mit Kindern. Das Heim verfügt nicht über Gemeinschaftsräume und Spielzimmer, obwohl dort Familien mit Kindern sowie eine große Anzahl von alleinstehenden Personen untergebracht ist.

Quelle: Pressemitteilung http://www.flüchtlingsrat-lsa.de/ 03.09.2012 ■

Abschiebungshaft in Deutschland: zu viel, zu lange, am falschen Ort

Zur Antwort der Bundesregierung auf unsere Große Anfrage „Situation in deutschen Abschiebungshaftanstalten“ (BT-Drs. 17/7442) durch die Bundesregierung erklärt Josef Winkler, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Sprecher für Flüchtlingspolitik:

Leider gibt es in Abschiebehaftanstalten keinen Grund zur Entwarnung: In den Jahren 2008- 2010 wurde Abschiebungshaft zu schnell und zu häufig angeordnet sowie zu lange vollzogen.

Während die große Mehrheit der Betroffenen bis zu sechs Monate in Haft bleiben musste, dauerte die Haft in einigen Fällen (Hamburg, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen) bis zu 18 Monate. Zur Erinnerung: Bei den Betroffenen handelt es sich meist nicht um Menschen, die sich eine Straftat haben zuschulden kommen lassen, sondern um Personen, die in Deutschland Schutz gesucht haben.

Umso inakzeptabler ist daher die unveränderte Praxis insbesondere in den großen Flächenländern Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen, Abschiebungshäftlinge in regulären Haftanstalten gemeinsam mit Straftätern unterzubringen. Diese Praxis ist ein eklatanter Verstoß gegen die EU-Rückführungsrichtlinie und untergräbt die Rechte der betroffenen Häftlinge. Sie unterliegen den weiteren Grundrechtseinschränkungen und strengen Vollzugsregeln, die für Straf- und Untersuchungsgefangene gelten.

Besonders erschütternd sind die immer wieder vorkommenden Selbsttötungen oder Suizidversuche in der Abschiebungshaft. Die Antwort der Bundesländer verzeichnet Todesfälle in Berlin, Hamburg, Niedersachsen und Sachsen und Suizidversuche oder Selbstverletzungen in diesen und weiteren Bundesländern, wobei teilweise (Beispiel Bayern) unverständlicherweise keine Angaben über Suizidversuche gemacht werden.

Dies ist für einen Rechtsstaat unerträglich und zeigt, dass es einer grundlegenden Reform der Abschiebehaft in Deutschland und des Umgangs mit abgelehnten Asylbewerbern in Deutschland bedarf. Hinter diesen Zahlen verbergen sich unfassbare menschliche Schicksale.

Bund und Länder müssen endlich über Reformen und humanitäre Verbesserungen im Bereich der Abschiebehaft beraten.

Quelle: Pressemitteilung Nr. 0767/12 http://www.gruene-bundestag.de Datum: 10.09.2012 ■

EuGH-Urteil: Frontex-Leitlinien undemokratisch

EU muss menschenrechtliche Leitlinien für Frontex-Seepatrouillen neu regeln

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 5. September 2012 den Beschluss über die See-Operationen von Frontex für nichtig erklärt. Die darin geregelten Leitlinien bleiben jedoch so lange in Kraft, bis im Rahnen einer angemessenen Frist eine Neuregelung erlassen wird.

Leitlinien nicht weitgehend genug

Die nun für rechtswidrig erklärten Frontex-Leitlinien regeln, welche menschenrechtlichen Maßstäbe Seepatrouillen einhalten müssen. Zum Beispiel ist darin festgelegt, dass die Frontex-Patrouillen das Zurückweisungsverbot nach der Genfer Flüchtlingskonvention beachten müssen. Menschenrechtsorganisationen gehen die bestehenden Leitlinien nicht weit genug. Sie sehen darin nicht mehr als einen ersten Schritt, um die Menschenrechte auf hoher See wirksam durchzusetzen. Die Frontex-Leitlinien sind an mehreren Stellen zu unkonkret, zum Beispiel in der Frage, wann Bootsflüchtlinge auf EU-Territorium gebracht werden müssen.

Menschenrechte von Bootsflüchtlingen „wesentlich“

Der Gerichtshof stellt fest, dass der Gesetzgeber der Europäischen Union eine Materie dann selbst zu regeln hat, wenn sie wesentlich ist. Der EU-Gesetzgeber besteht in der Regel aus Rat und Parlament. Dass der EuGH den menschenrechtskonformen Umgang mit Bootsflüchtlingen als „wesentlich“ eingestuft hat, ist zu begrüßen. Die Wesentlichkeit ergibt sich laut EuGH unter anderem daraus, dass bei Frontex-Einsätzen in die Grundrechte der betroffenen Bootsflüchtlinge in relevanter Weise eingegriffen werden könnte.

Quelle: http://www.proasyl.de 07.09.2012 ■

Bundesregierung verzögert Neuregelung der Leistungen für Asylbewerber

„Die Bundesregierung dreht weiter Däumchen, anstatt endlich die Leistungen für Asylsuchende und Geduldete gemäß der verfassungsrechtlichen Vorgaben neu zu regeln.“, so Ulla Jelpke zur nun vorliegenden Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE (17/10544) zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Asylbewerberleistungsgesetz. Die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter:

„Seit Februar 2010 ist klar, dass die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz das Menschenwürdegebot des Grundgesetzes verletzen. Doch mit einer Neuregelung ließ sich die Bundesregierung Zeit bis zu einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts am 18. Juli dieses Jahres. … Das zuständige Bundesministerium für Arbeit und Soziales ist auf Anfrage aber nicht einmal in der Lage, wenigstens Eckpunkte einer Neuregelung anzugeben. … Den Vorwurf, dass bis zum Urteil des Verfassungsgerichts zu Lasten der Betroffenen auf Zeit gespielt wurde, wollte oder konnte die Regierung nicht entkräften. … Das Bundesverfassungsgericht hatte in seinem Urteil festgestellt, die pauschal reduzierten und seit 1993 nicht veränderten Leistungssätze nach

dem Asylbewerberleistungsgesetz seien evident unzureichend, der Leistungsbezug von vier Jahren sei zu lang und die Festlegung der Personengruppen willkürlich. Neue Leistungssätze müssten transparent und nachvollziehbar ermittelt werden. Dank einer Übergangsregelung, die wegen der Untätigkeit der Bundesregierung ausnahmsweise vom Bundesverfassungsgesetz festgelegt wurde, erhalten die Betroffenen derzeit insbesondere einen deutlich höheren Barbetrag (134,– statt 40,90 Euro) und im Prinzip vergleichbare Leistungen wie alle anderen auch. DIE LINKE fordert, das Asylbewerberleistungsgesetz abzuschaffen und alle Betroffenen in das Sozialgesetzbuch einzubeziehen. Die Menschenwürde ist unantastbar – und migrationspolitisch nicht zu instrumentalisieren!“

Quelle: Pressemitteilung http://www.ulla-jelpke.de 12.09.2012 ■

Für einen menschenwürdigen Umgang mit Fremden

Am 30.08.12 fand in Lüneburg auf dem Marktplatz eine Mahnwache statt, um den Opfern der Abschiebehaft zu gedenken. Mindestens 398 Flüchtlinge kamen seit 1993 durch staatliche Zwangsmaßnahmen ums Leben, über 60 von ihnen starben während der Abschiebehaft.

In der Kundgebung riefen die Veranstalter unter anderem zum Protest gegen die Residenzpflicht, das Gutscheinsystem und die (institutionelle) Diskriminierung von Flüchtlingen auf.

Mit einem Aufruf wurde zu der Mahnwache mobilisiert: „Am 30. August um 16:00 Uhr versammeln wir uns am Marktplatz in Lüneburg, um der Opfer in Abschiebehaft und auch der Geflohenen zu gedenken, die durch weitere in Deutschland durchgeführte Zwangsmaßnahmen ums Leben gekommen sind. Wir wollen gemeinsam darauf aufmerksam machen, unter welchen Bedingungen Asylsuchende oder Geduldete leben und welche Mängel Verfahren mit nicht anerkannten Geflohenen aufweisen.

In Redebeiträgen möchten u.a. Betroffene, der Hamburger Flüchtlingsrat und die Lüneburger Antifa auf die aktuelle Situation eingehen, zusätzlich liegt Informationsmaterial bereit. Um der Opfer zu gedenken, besteht die Möglichkeit, Kerzen zu entzünden. Mindestens 398 Geflohene sind zwischen 1993 und 2010 durch staatliche Zwangsmaßnahmen in Deutschland gestorben. 160 davon haben sich aus Angst vor Abschiebung umgebracht oder sind beim Fluchtversuch ums Leben gekommen (Pro Asyl).

Über 60 starben in Abschiebehaft. Die institutionelle Gewalt gegen Fremde (staatlicher Rassismus) hat bisher doppelt soviel Tote zur Folge wie die offen rassistische.

Drei Beispiele:

Am **30. August 1983** stürzte sich der 23-jährige Asylsuchende Kemal Altun aus dem Fenster des Westberliner Verwaltungsgerichts. Er saß zuvor 13 Monate aufgrund eines von der Türkei angeordneten Auslieferungsverfahrens in Haft.

Elf Jahre später am selben Tag erstickte der Nigerianer Kola Bankole während der Abschiebung in einer Lufthansamaschine. Er wurde an Händen und Füßen gefesselt, geknebelt und mit Medikamenten ruhig gespritzt.

Im Jahre 2000 am 30. August kam der 28 Jahre alte Mongole Altankou Dagwasoundel ums Leben, als er sich in Abschiebehaft in Berlin-Köpenick befand. Während eines Krankenhausaufenthalts versuchte er aus dem Fenster seines überwachten Krankenzimmers zu fliehen und stürzte ab.

Aufgrund dieser und weiterer Todesfälle in Abschiebehaft, rief Pro Asyl 2002 den Gedenktag für jene Opfer ins Leben.

• Gegen: Abschiebehaft und Abschiebeverfahren
• Asylbewerberleistungsgesetz
• Gutscheine
• Residenzpflicht (Bundeslandland nicht verlassen dürfen)
• Ausbildungs- und Arbeitsverbot
• schlechte medizinische Versorgung
• Zwang zum Wohnen im Container-Lager Meisterweg

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen n

PRO ASYL fordert Ausweitung des Resettlementprogramms

Heute, am 3. September 2012, werden 195 Flüchtlinge aus dem Flüchtlingslager Choucha an der libysch-tunesischen Grenze in Hannover ankommen. Sechs weitere Flüchtlinge sollen erst nach einer medizinischen Behandlung in Deutschland eintreffen. Die meisten Schutzsuchenden kommen aus dem Sudan (Darfur), Somalia, Eritrea, Irak und Äthiopien. 2011 waren sie vor dem Krieg in Libyen geflohen und warteten über eineinhalb Jahre auf eine Aufnahme.

PRO ASYL fordert, das Resettlement auszuweiten. „Die ersten 300 dürfen nicht die letzten sein“, sagte Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL. Bislang haben sich die Innenminister von Bund und Ländern nur auf die Aufnahme von 300 Flüchtlingen pro Jahr geeinigt. PRO ASYL fordert die sofortige Ausweitung des Programms und die weitere Aufnahme von Flüchtlingen – nicht nur aus Tunesien.

Angaben von UNHCR zufolge leben in Choucha aktuell rund 2200 anerkannte Flüchtlinge, 146 Asylsuchende und 280 abgewiesene Schutzsuchende. 1320 Flüchtlingen wurde zwar ein Aufnahmeplatz (Resettlement) in einem sicheren Drittstaat zugesagt, sie befinden sich jedoch nach wie vor im Lager. Es werden dringend weitere 900 Resettlement-Plätze für die übrigen anerkannten Flüchtlinge benötigt, die in Choucha unter katastrophalen Bedingungen leben. Unter anderem ist der Zugang zu Trinkwasser sehr eingeschränkt, die medizinische Versorgung ist mangelhaft und die sanitären Anlagen in sehr schlechtem Zustand.

Zusätzlich zu den rund 200 Flüchtlingen aus Choucha sollen 100 irakische Flüchtlinge aus der Türkei aufgenommen werden. Angesichts der sich immer weiter verschärfenden Situation an der syrisch-türkischen Grenze und der perspektivlosen Situation vieler bereits seit langem in der Türkei verzweifelt auf Resettlement wartenden Flüchtlinge fordert PRO ASYL ein entschiedenes Handeln Deutschlands und der anderen EU-Staaten. „Wer im UN-Sicherheitsrat den Vorsitz hat, muss mit gutem Beispiel vorangehen“, sagte Günter Burkhardt. Die Türkei braucht nicht nur Zelte und Medikamente, sondern weitere Unterstützungsmaßnahmen.

Die Europäer dürfen die Türkei nicht allein lassen. Sie ist der wichtigste Transitstaat für Flüchtende aus Ländern wie dem Iran, Irak, Afghanistan und Syrien auf dem Weg nach Europa. Wer eine Schließung der türkischen Grenzen verhindern will, muss dort festsitzenden Flüchtlingen eine Perspektive geben. In der Türkei warten bereits über 15 000 Flüchtlinge – die Schutzsuchenden aus Syrien nicht eingerechnet – auf die Aufnahme in einem Staat, der Ihnen Schutz bietet. Die Türkei selbst hat kein Schutzsystem für Flüchtlinge. Aus Syrien sind bereits 229 000 Menschen in andere Staaten geflohen.

Quelle: Presseerklärung PRO ASYL 3. September 2012 n

Europäischer Gerichtshof fällt wichtiges Urteil zur religiösen Verfolgung

Pro Asyl: Ein Vierteljahrhundert restriktiver deutscher Asylrechtsprechung geht zu Ende

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat heute ein wegweisendes Urteil zum Asylanspruch von Menschen, die aus religiösen Gründen verfolgt werden, veröffentlicht. Gläubigen darf der Flüchtlingsschutz nicht mit dem Hinweis darauf verwehrt werden, dass sie sich religiöser Aktivitäten und öffentlicher Glaubensbetätigungen weitgehend enthalten könnten, um keine Verfolgung auf sich zu ziehen.

PRO ASYL begrüßt das EuGH-Urteil, das den Flüchtlingsschutz in Deutschland stärkt und dafür sorgt, dass europäisches Recht endlich durchgesetzt wird. Damit wird ein Vierteljahrhundert restriktiver deutscher Rechtsprechung beendet.

Hintergrund der EuGH-Entscheidung

ist eine Vorlage des Bundesverwaltungsgerichtes in Leipzig. In den Ausgangsverfahren aus den Jahren 2003 und 2004 hatten zwei pakistanische Staatsangehörige, aktive Angehörige der Ahmadiyya-Glaubensgemeinschaft, geltend gemacht, wegen ihrer religiösen Aktivitäten durch die strengen Blasphemie-Gesetze Pakistans bedroht zu sein. Diese sehen Gefängnisstrafen oder sogar die Todesstrafe vor.

Das Bundesverwaltungsgericht legte dem Europäischen Gerichtshof drei Fragen im Zusammenhang mit der Interpretation der sogenannten Qualifikationsrichtlinie vor, die EU-weit regelt, wer als Flüchtling anzuerkennen ist. Diese Richtlinie war 2005 mit dem Zuwanderungsgesetz in Deutschland umgesetzt worden. Die Frage der Behandlung von religiöser Verfolgung blieb jedoch in der Praxis umstritten. Die Bundesregierung verweigerte sich der angemahnten Klarstellung per Gesetz.

Vorgelegt hatte das Bundesverwaltungsgericht dem EuGH unter anderem die Frage, ob es sich lediglich dann um einen Akt von Verfolgung im Sinne von Art. 9 der Qualifikationsrichtlinie handele, wenn der „Kernbereich" der Religionsfreiheit bzw. das „religiöse Existenzminimum" berührt sei. Von der Rechtsprechung wurde es bis dato als zumutbar angesehen, dass sich Betroffene jeglicher öffentlicher Ausübung der Religion enthielten, um einer Verfolgung zu entgehen.

Dem erteilt der EuGH nun eine klare Absage. Der EuGH stellt fest: Handlungen, die einen schwerwiegenden Eingriff in die Glaubensbetätigung darstellen, können religiöse Verfolgung darstellen. Zur Glaubensbetätigung gehört auch, seinen Glauben öffentlich zu leben. Laut EuGH sei es dem Antragsteller zudem nicht zuzumuten, auf bestimmte Glaubensbekundungen oder Glaubensbetätigungen zu verzichten, um eine Gefahr der Verfolgung zu vermeiden.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und die Verwaltungsgerichte werden künftig Asylantragstellern nicht entgegenhalten können, sie hätten es selbst in der Hand, die Verfolgungsgefährdung durch den Verzicht auf religiöse Betätigung zu beseitigen. Die Gerichtsentscheidung wird voraussichtlich auch Auswirkungen haben auf andere Verfolgungssachverhalte. Auch Menschen, die wegen ihrer sexuellen Orientierung verfolgt werden, wird man künftig nicht mit der Zumutung kommen können, sie könnten Verfolgung durch das Verbergen ihrer Orientierung vermeiden.

Quelle: Presseerklärung PRO ASYL vom 5. September 2012 ■

Würzburg: Pressemitteilung der hungerstreikenden iranischen Flüchtlinge

Wir haben heute Nachricht vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erhalten, dass die Fälle von vier Flüchtlingen, die sich mit zugenähten Lippen im Hungerstreik befinden, bearbeitet worden sind.

Die vier Personen haben das gewürdigt und ihre zugenähten Lippen wieder geöffnet. Wir senden damit ein Zeichen an alle, die uns für unsere Aktion kritisiert haben und fordern alle unsere Kritiker auf, nun endlich mit uns in den Dialog über eine Verbesserung des Asylrechts zugunsten der Flüchtlinge einzutreten.

Aber noch immer warten drei von uns auf eine Entscheidung. Soheil Hatamikia, Arash Dosthossein und Armin Jahazinadeh haben noch immer keine Nachricht, wann sie einen Gerichtstermin und damit eine Entscheidung über ihr Leben haben können. Auch Mohammed Hassanzadeh Kalali wartet auf einen Gerichtstermin. Auch er hat seine Lippen wieder geöffnet und wird seinen Hungerstreik, der nunmehr 32 Tage anhält, fortsetzen. … Zudem besteht die Gefahr, dass er seine Freunde in Würzburg verlassen muss, denn das Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes vom vergangenen Mittwoch verbietet es, dass sich Flüchtlinge, die nicht in Würzburg residenzpflichtig sind, am Protestzelt aufhalten. Wir können die Residenzpflicht auf keinen Fall akzeptieren, weil sie gegen das Grundrecht jedes Menschen auf Bewegungsfreiheit verstößt. … Unser Weggefährte Mohammed Hassanzadeh Kalali wartet nun schon so lange auf eine Antwort der Behörden. Wir haben gemeinsam hier nun 110 Tage und Nächte protestiert und stehen solidarisch zusammen. … Wir fordern das Auswärtige Amt auf, so schnell wie möglich eine Stellungnahme an das Verwaltungsgericht Regensburg abzugeben, damit danach – wie versprochen – ein Gerichtstermin stattfinden kann. Wir sind in großer Sorge um Herr Mohammed Hassanzadeh Kalalis Gesundheit, der inzwischen 13 kg an Gewicht verloren hat. Wir hoffen sehr, dass die Mühlen der deutschen Bürokratie in diesem Fall schnell mahlen.

Unsere Aktion, die am Vierröhrenbrunnen ihren Anfang nahm, hat viel erreicht. Die Menschen reden über die unmenschliche Asylpolitik in Deutschland und den Vollzug durch die bayerischen Behörden. Dies zeigen 1200 Unterschriften unter unsere Onlinepetition für den deutschen Bundestag und mittlerweile mehr als 1300 Unterschriften für unsere Petition an den bayerischen Landtag. Die in Würzburg lebenden Menschen konnten uns während unseres gesamten Protestes näher kennenlernen. Die den Flüchtlingen aufgezwungene Isolation durch die bayrische Landesregierung haben wir durchbrochen. Aus den Gemeinschaftsunterkünften sind wir auf die Straße gekommen und haben für uns und für alle anderen Flüchtlinge gesprochen.

Mittlerweile haben sich noch mehr Flüchtlinge unserem Protest angeschlossen. Wir bekunden hiermit unsere Solidarität mit den Flüchtlingen in Aub und Bamberg. Wir grüßen die Flüchtlinge in Leipzig und bedanken uns für die Demonstration am vergangenen Dienstag. Wir senden unsere solidarischen Grüße nach Leipzig. Wir rufen auf zur Teilname an der Demonstration am Freitag um 16 Uhr in Regensburg und bedanken uns hiermit für die Organisierung der Demonstration bei der Antifa F. Wir bedanken uns gleichzeitig für die von ROJA in Nürnberg organisierte Aktion am 14. Juli 2012.

Quelle: http://gustreik.blogsport.eu/ 34. Pressemiteilung 06.07.2012 ■

Rassistische Kontrollen stoppen – Kontrolliert die Polizei!

Seit dem 23.08. 2012 findet das Break Isolation Refugee Sommer Camp in Erfurt statt. The VOICE Refugee Forum und das Netzwerk der KARAWANE haben zu dieser zehntägigen Zusammenkunft von Flüchtlingsgemeinschaften zum Erfahrungsaustausch und zur Verteidigung unserer naturgegebenen Rechte eingeladen.

Kurze Chronik der Repression

24.8. Ein Polizeihubschrauber kreist über dem Camp und fotografiert aus der offenen Seitentür heraus 28.8. Zwei Flüchtlingsaktivisten werden im Zug Mühlhausen-Erfurt die Papiere von der Bundespolizei abgenommen. Nach dem Aussteigen werden die beiden weiter festgehalten, ihre Daten werden umfassend abgefragt und notiert und ihnen wird mit Konsequenzen im Fall einer Residenzpflichtverletzung gedroht.

29.8. Mitarbeiter des Ordnungsamtes Erfurt und zivile Beamte dringen auf das Camp-Gelände ein und wollen eine umfängliche Platzbegehung erzwingen.

Ausdrückliche Hinweise auf die Platzautonomie werden ignoriert.

30.8. Ein Flüchtlingsaktivist aus Niedersachsen wird im Hauptbahnhof von der Bundespolizei aufgehalten. Sie kontrollieren seine Papiere und vermerken den unerlaubten Aufenthalt in Erfurt.

31.8. Ein Flüchtlingsaktivist aus Thüringen wird direkt vor dem Camp von einer Polizeistreife aufgehalten. Nachdem die BeamtInnen keinen Gesetzesverstoß feststellen können, drohen sie ihm: „Wir bleiben bis zum Ende des Camps hier – wenn du nicht morgen abreist, dann verhaften wir dich!“ Die vermutlich gleiche Polizeistreife dringt auf den Zufahrtsweg des Camp-Geländes vor und versucht die solidarische Nachtwache einzuschüchtern.

Abends kontrollieren einige Karawane-Aktivisten die Polizei im Hauptbahnhof. Während sich die Uniformierten zurückziehen, fängt ein lokaler Nazi an, einen der Aktivisten rassistisch zu beleidigen, zu bedrängen und den Hitlergruß zu zeigen.

Seit Wochen patrouillieren Tag und Nacht Streifenwagen, die letzten Tage Mannschaftswagen am Camp. Der Erfurter Hauptbahnhof erweist sich einmal mehr als „No-Go-Area“ für alle Menschen, die nicht in das rassistische Muster von weiß und blond passen – hier arbeiten Bundespolizei und pöbelnde Nazis Hand in Hand.

Drohungen gegen FlüchtlingsaktivistInnen im Lager Breitenworbis

Gleichzeitig verstärken sich aktuell die Drohungen gegen aktive Flüchtlinge im Isolationslager Breitenworbis. Nachdem die dortigen Freunde und Freundinnen letzte Woche einem MDR-Journalisten gegenüber scharfe Kritik an der Lagerunterbringung und dem Terror durch die Ausländerbehörde Heiligenstadt geübt hatten, wurde einzelnen von ihnen direkt mit Abschiebung gedroht und zwei Flüchtlinge zur Behörde vorgeladen. Als sich diese Woche weitere Presse und eine Delegation vom Break Isolation Camp ankündigten, zwang die Lagerleitung die Flüchtlinge, das Lager aufzuräumen und zu putzen. Wer sich weigerte, dem/der wurde wieder mit Abschiebung gedroht. Als am Donnerstag das Sozialamt das Lager besuchte, war ununterbrochen die Polizei im Lager präsent.

Reclaim Erfurt

Nicht nur durch die offensichtlich nervösen Reaktionen der Repressionsbehörden auf das Camp und auf die zunehmende Organisierung der Thüringer Flüchtlinge im überregionalen KARAWANE-Netzwerk zeigt sich, wie wichtig und richtig das Camp hier ist. Vor allem der auf dem Camp gelebten und gestärkten Vernetzung der verschiedenen Städte und Regionen sowie die Verknüpfung mit solidarischen Menschen und Gruppen aus Thüringen – insbesondere aus Erfurt – die das Camp wesentlich vorantrieb. Die brutale Räumung des Topf-Squats bleibt unvergessen, war aber nur ein Höhepunkt in der immer weiter fortschreitenden Praxis von Kontrolle, Verdrängung und Gewalt gegen Menschen in Erfurt, die entweder ein Leben nach dem vorherrschendem Muster von Konkurrenzkampf und Anpassung verweigern oder anhand von Äußerlichkeiten oder Herkunft nicht dem Bild einer mehrheitlich rassistischen Gesellschaft entsprechen. Bereits die erfolgreiche Gemeinschaftsaktion anlässlich der Inhaftierung von und Abschiebeandrohung gegen Habibi am 8. Juli war ein starkes Zeichen der Solidarität und des entschlossenen Handelns gegen staatliche Gewalt und rassistisch motivierte Kontrollen.

Jene, die sich hier im Namen staatlicher Kontrollfunktion gerne zivilisiert und demokratisch aufspielen, wenden reichlich viel Energie und Steuergelder auf, um Menschen mit einem freundlichen Lächeln im Gesicht möglichst in den Staub zu treten. Es reicht. Unsere Vision von einer gerechten und freien Gesellschaft, unsere Solidarität und unsere Praxis ehrlicher, nicht-korrumpierbarer Beziehungen wird die rassistische Fratze, die sich hinter dieser Maske verbirgt, zum Vorschein bringen. Sie werden unseren solidarischen Widerstand gegen die hierzulande staatlich organisierte Ungleichbehandlung von Menschen nicht brechen können – wir werden mit geeigneten Aktionen Öffentlichkeit zu diesen Praktiken der Behinderung der politischen Meinungsbildung von Flüchtenden und MigrantInnen herstellen und Kontrolle über diejenigen ausüben, die glauben uns widerstandslos kontrollieren zu können!

„Unsere physische Präsenz ist der Garant unserer Würde“

Osaren Igbinoba von The VOICE Refugee Forum.
Quelle: PM aus dem BREAK ISOLATION Flüchtlingscamp 23.08.2012

Der große Protestmarsch von Würzburg nach Berlin überschreitet die Grenze zwischen Bayern und Thüringen

Kolonialismus hat viele Gesichter und jeder Flüchtling hat seine eigene Geschichte. Gemeinsam werden wir den Druck auf Deutschland erhöhen, die koloniale Ungerechtigkeit zu beenden.“ Betont Osaren Igbinoba von The VOICE Refugee Forum Jena.

Nach Monaten von Flüchtlingsprotesten wurde am 08.September ein Marsch von Würzburg nach Berlin gestartet. Die Flüchtlinge protestieren gegen die unmenschliche Behandlung, die Menschenrechtsverletzungen, die seit Jahrzehnten unzureichende Asylpolitik, die Diskriminierung und Kriminalisierung von Flüchtlingen sowohl im Freistaat Bayern, als auch in der gesamten Bundesrepublik Deutschland. Inzwischen hat der Protestmarsch eine politisch wichtige Grenze erreicht und überschritten. Die deutsch-deutsche Grenze, die 40 Jahre lang Ost- und Westdeutschland durch einen Todesstreifen trennte sollte für niemanden mehr ein Hindernis sein.

Asylbewerber jedoch begehen eine Straftat wenn sie diese überqueren.

Am Donnerstag, den 13. September gegen 10:00 Uhr bewiesen die Flüchtinge ihre Unabhängigkeit indem sie ihre Ausweise zerstörten und anschließend den ehemaligen innerdeutschen Grenzübergang passierten. Mit dieser Aktion verstoßen sie bewusst gegen die Residenzpflicht und setzen ihren Weg in Richtung Berlin fort. Eine der nächsten wichtigen Stationen wird Erfurt sein.

Die Isolation durchbrechen: Bewegungsfreiheit für Alle

Die aktiven Flüchtlingsgemeinschaften haben weiterhin folgende Forderungen:
- die Abschaffung der Residenzpflicht
- die Aufhebung der diskriminierenden Landkreisgrenzen
- einen generellen Abschiebestopp
- die sofortige Schließung aller Lager in Deutschland

Begonnen haben die Proteste als Reaktion auf den Selbstmord von Mohammad R, welcher sich aufgrund der unmenschlichen Situation in einem Lager in Würzburg das Leben nahm. Seitdem gab es bundesweite Aktionen von Asylbewerbern in Form von Protestzelten, die in den Innenstädten aufgebaut wurden um 24 Stunden am Tag präsent zu sein. Sie haben sich zusammen geschlossen um ein Minimum an Würde, Respekt und Freiheit für jeden in Deutschland einzufordern.

Wir rufen alle Menschen, Flüchtlinge und Einheimische, in Deutschland dazu auf, sich dem Protestmarsch anzuschließen. Überwindet die Isolation und helft die bestehenden Restriktionen gegen Menschen zu beenden.

„... Aktionstag des Protestmarsches am 18.09.2012 in Erfurt:
Kundgebung und Pressekonferenz um 11:00 Uhr vor dem Thüringer Landtag mit Zeltaktion und Küche für Alle
ab 16:00 Uhr Demonstrationszug zu den Erfurter „Gemeinschaftsunterkünften“ mit Abschlusskundgebung vor dem Erfurter Hauptbahnhof

On the move!

The VOICE Refugee Forum Jena
http://thevoiceforum.org

PKK-Verbot endlich aufheben

Wir bedauern die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und einigen kurdischen Jugendlichen am Rande unseres 20. Internationalen Kurdischen Kultur-Festivals. In der einseitigen Berichterstattung nicht erwähnt werden bisher die etwa hundert durch Schlagstöcke und Tränengas der Polizei verletzten Veranstaltungsbesucher. Den Verletzten beider Seiten gilt unser Mitgefühl und wir wünschen ihnen rasche Genesung.

Am gestrigen Samstag feierten zehntausende Kurdinnen und Kurden aus Deutschland und weiteren europäischen Ländern zusammen mit internationalen Gästen ein friedliches Fest unter dem Motto „Freiheit für Öcalan – einen Status für Kurdistan".

Die Verantwortung für den Ausbruch der Gewalt trägt in erster Linie die Polizei, die in den vergangenen Tagen vor allem die kurdischen Jugendlichen drangsalierte und zu provozieren versuchte.

Der türkische Unternehmer-Verband in Mannheim behauptete im Vorfeld des Festivals, es wären PKK-Anschläge auf türkische Einrichtungen geplant. Auch die Polizei unterstellte schon im Vorfeld, die erwarteten kurdischen Versammlungsteilnehmer seien grundsätzlich gewalttätig und ein Sicherheitsproblem. Durch diese Desinformationen der türkischen Lobby wurde die Sicherheitslage für die Veranstaltung bewusst gefährdet und kriminalisiert.

Am Freitag löste die Polizei in Mannheim den Marsch von ca. 100 kurdischen Jugendlichen auf, der in Straßburg gestartet war und wiederholt Angriffsziel türkischer Faschisten wurde. Mindestens zwei kurdische Jugendliche wurden nach bisherigen Erkenntnissen im Polizeigewahrsam Opfer von brutalen Misshandlungen. In einem Fall prügelten die Polizisten den Festgenommen mit Schlagstöcken auf Kopf und Rücken sowie durch Faustschläge ins Gesicht. Nach der Entlassung musste dieser Jugendliche bis Samstagmittag stationär im Krankenhaus behandelt werden. Der zweite verhaftete Jugendliche erlitt neben Prellungen eine Quetschung der Fußknöchel. Die Beamten entließen den verletzten Jugendlichen aus Frankreich trotz der Aufforderung einen Krankenwagen zu rufen.

Auslöser für die Auseinandersetzungen am Samstag war der Versuch der Polizei, einem 12jährigen Kind eine Fahne mit einem in Deutschland verbotenen kurdischen Symbol abzunehmen. Das Kind wurde dabei von den Beamten brutal behandelt und lief aus Angst in die Menge hinein. Drei Polizisten versuchten, das Kind zu ergreifen und wurden von anderen Teilnehmern aufgehalten.

Zuvor wurden um ca. 14.30 Uhr 30 kurdische Ordnungskräfte der Veranstaltungsleitung von der Polizei gezwungen, sich aus dem Eingangsbereich zu entfernen. Hierdurch wurde das ausgearbeitete Sicherheitskonzept der Veranstaltungsleitung für den Eingangsbereich, die bis zu diesem Zeitpunkt die Sicherheit der friedlichen Veranstaltung gewährleistet hatte, von der Polizei bewusst sabotiert.

Daraufhin haben auf Grund der Hitze und der Auseinandersetzungen mit der Polizei tausende Teilnehmer versucht, das Gelände zu verlassen. Hierdurch entstand eine enorme Masse an Teilnehmern im Eingangsbereich. Die Teilnehmer fühlten sich von den Polizeikräften eingekesselt und wollten sich vom Gelände entfernen. Zahlreiche Teilnehmer wurden schließlich verletzt und konnten nicht behandelt werden.

Eine Besucherin Berivan Ö. sagte gestern: „Wir sind vor der türkischen Polizei geflohen. Hier in Deutschland sollte es anders sein. Es sollte einen Unterschied zwischen den deutschen und türkischen Polizisten geben. Dies war heute hier nicht zu sehen. Wenn es um Kurden geht, handelt die Polizei genau gleich."

Für Millionen Kurdinnen und Kurden ist die „Arbeiterpartei Kurdistans" PKK eine legitime Vertretung ihrer demokratischen Rechte, die einen gerechten Kampf gegen Krieg und Unterdrückung führt. Deswegen lässt sich die kurdische Bevölkerung nicht verbieten, die Symbole der PKK öffentlich zu zeigen und sich zu ihr zu bekennen.

Wie auch in diesem Fall zu sehen ist, wird durch Verbotspolitik mit Gewalt, Beschlagnahmung und Festnahmen kein friedliches Zusammenleben ermöglicht.

Anstatt wie beim „Arabischen Frühling" die völkerrechtliche Legitimität des Widerstands gegen lang anhaltendes Unrecht anzuerkennen, wird dieser im Fall der PKK von der Bundesrepublik willkürlich als Terrorismus diffamiert und kriminalisiert. Die staatliche Verbotspolitik und die Sicherheitsmaßnahmen der Polizei sind vor allem für die dritte Generation kurdischer Migranten in Europa nicht verständlich und nachvollziehbar. Dies führt immer wieder zur solchen Auseinandersetzungen wie in Mannheim, die wir als Veranstalter bedauern.

Wir verurteilen die Forderungen des baden-württembergischen Innenministers Gall und der Gewerkschaft der Polizei nach weiterer Einschränkung der Versammlungsfreiheit für Kurdinnen und Kurden. Eine weitere Einschränkung demokratischer Rechte der kurdischen Bevölkerung ist nicht hinzunehmen. Bei den bisher überwiegend in Nordrhein-Westfalen friedlich durchgeführten Veranstaltungen kam es zu keinerlei Ausschreitungen wie in Mannheim. Im Gegensatz zur Polizei verlief die Zusammenarbeit mit der Stadt Mannheim im Vorfeld äußerst kooperativ.

Als Veranstalterin fordert YEK-KOM als Konsequenz aus den Vorkommnissen am Rande unseres Festivals, das PKK-Verbot in Deutschland aufzuheben und die staatliche Repression und Kriminalisierung gegen politisch aktive Kurdinnen und Kurden einzustellen.

Die Bundesregierung muss darüber hinaus ihre Unterstützung für die türkische Regierung zurückziehen, solange diese weiter an Krieg, Verboten und Massenverhaftungen gegen die kurdische Opposition festhält.

9. September 2012
YEK-KOM – Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland e.V.

Stellungnahmen zum Kurdischen Festival

Heike Hänsel, MdB Die Linke

„Ich bin schockiert und bestürzt über die Geschehnisse am Rande des Kurdenfestivals vergangenen Samstag in Mannheim und verurteile alle gewaltsamen Übergriffe gegen Polizisten, das ist inakzeptabel. Ich kritisiere aber auch das Sicherheitskonzept der Einsatzleitung der Mannheimer Polizei und die einseitige Berichterstattung, die nichts über Verletzte auf Seiten der Besucher durch den Schlagstock- und Tränengaseinsatz der Polizei sagt. Zum Zeitpunkt meines Besuches des Festivals (von 14.00 bis 16.00 Uhr) waren mehr als 40 000 Menschen friedlich auf das Gelände geströmt und die Veranstaltung verlief trotz glühender Hitze und einem enormen Massenandrang ausgelassen. Erst nachdem die Polizei den Ordnungsdienst der Veranstaltungsleitung aus dem Eingangsbereich verwiesen hatte, die bis 15 Uhr alles unter Kontrolle hatte, und dem Eingreifen und Eindringen der Polizei um ca. 15.15 Uhr auf das Festivalgelände, um die Fahne eines kleinen Jungen „sicherzustellen", eskalierte die Situation. … In einem direkten Gespräch äußerte sich Einsatzleiter Herr Schäfer mir gegenüber äußerst abfällig über den „Mob" der in Mannheim auftreten würde, ungeachtet der Tatsache, dass Tausende von kurdischen Großfamilien mit Kindern aus ganz Europa das Festival besuchten.

Die Ausschreitungen zeigen jedoch auch, dass die Aufhebung des PKK-Verbots überfällig ist und nicht auf dem Rücken von Polizisten und Polizistinnen ausgetragen werden darf."

Heike Hänsel, ■

DISS-Neuerscheinung: Gabriel Riesser

Edition Deutsch-Jüdische Autoren des 19. Jahrhunderts: Schriften zu Staat, Nation, Gesellschaft.
Der erste Band mit Ausgewählten Werken des deutsch-jüdischen Bürgerrechtlers Gabriel Riesser ist im Böhlau-Verlag in Köln erschienen.

Der Band umfasst die politische Erstlingsschrift Riessers „Ueber die Stellung der Bekenner des Mosaischen Glaubens in Deutschland“ (1831) und seine „Jüdischen Briefe. Zur Abwehr und Verständigung“ (1838–1841).

Gabriel Riesser (1806–1863) wuchs in Hamburg in einer religiösen jüdischen Familie auf. Er wurde in Heidelberg zur Zeit der Restauration promoviert, als die Diskriminierungen gegen Juden einen neuen Höhepunkt erreichten. Zwei Universitäten verweigerten ihm die Habilitation, seine Heimatstadt Hamburg die Anstellung als Advokat. Danach wuchs Riesser in die Rolle eines Bürgerrechtlers hinein und wurde dadurch berühmt. 1848 wählten ihn christliche Wahlmänner in die Paulskirchen-Versammlung. Er wurde 1860 der erste jüdische Richter Deutschlands. Seine vielfältigen, rhetorisch brillanten Schriften spiegeln die Kultur des Vormärz und die Entwicklung des deutschen Parlamentarismus.

Mit seiner politischen Erstlingsschrift „Ueber die Stellung der Bekenner des Mosaischen Glaubens in Deutschland“ (1831) zielte Riesser – kurz nach der Juli-Revolution in Paris — in die Mitte der deutschen Öffentlichkeit, d. h. in einen Raum, in dem man — bis dahin — die Schriften deutscher Juden weitgehend unbeachtet gelassen hatte.

Während frühere Schriften der Vertreter des Judentums meist durch ein defensives Bitten um vorenthaltenes Recht geprägt waren, forderte Riesser nun Gerechtigkeit, statt „Rechtfertigungen oder Zugeständnissen“, die „die alte Schmach nur durch neue Demüthigung erneuern und verlängern“ würden.

Wie ein „elektrischer Funke“, so schildert ein Rezensent, habe diese Schrift in weiten Kreisen gewirkt: „fast erschreckend, so kühn erschien die Sprache des lang gekränkten Rechts“. Von da an habe Riesser „die Aufmerksamkeit nicht bloß seiner Glaubensgenossen, sondern aller Freisinnigen, aller Denker, aber auch aller Gegner auf sich“ gezogen. Wie zeitgleich Giuseppe Mazzini (1805–1872) in Italien ging es Riesser darum, über die „persönlich Betheiligten“ hinaus „Menschenfreunde aller Confessionen“ zum gemeinsamen Kampf für die Menschen- und Bürgerrechte zu bewegen. Damit warf er – so ein Zeitgenosse – „deutschen Staaten und Kammern den Fehdehandschuh hin, trat mit Argumenten auf, die seine Ebenbürtigkeit erkennen ließen. Diese Schrift erregte großes Aufsehen, und es richteten sich die Blicke Vieler achtungsvoll auf den Verfasser.“

In seinen Jüdischen Briefen (1838/41) ging Riesser einen Schritt weiter: Angesichts der Masse der zeitgenössischen judenfeindlichen Angriffe auf Juden und Judentum versuchte er mit hoher Konzentration und Disziplin, eine konstruktive Wendung heraus aus bloßer Empörung und Erschöpfung zu finden.

Vielleicht überhaupt zum ersten Mal in deutscher Sprache erarbeitete er exemplarische Argumentations– und Diskursanalysen zu antisemitischen Texten und legte assoziative und konnotative Techniken offen, die für die gegen Juden und Judentum gerichtete Rhetorik der Herabsetzung und Ausgrenzung typisch sind, aber auch darüber hinaus. Passagen des außerordentlich behutsamen Vortastens und Auslotens, in denen sich Riesser den antisemitischen Kernbotschaften und Bilderwelten nähert, wechseln sich ab mit diachronen Einordnungen, aber auch mit Ausbrüchen der Empörung, der öffentlichen Abrechnung oder der autobiographischen Ansprache.

Unabhängig von Verlegerinteressen, Terminzwängen und politischen Nötigungen schuf Riesser in den Jüdischen Briefen ein Experimentierfeld für sprachkritische Strategien gegen eine Kultur der Herabsetzung und Ausgrenzung.

Riesser hat ein umfangreiches Werk bürgerrechtlicher Schriften geschaffen, das an analytischer Intensität und historiographischer Authentizität unübertroffen geblieben ist. In einem zweiten Band der Ausgewählten Werke sollen u.a. Riessers Analysen der bürgerlichen Verhältnisse der Hamburgischen Israeliten (1834), Analysen zu den Verhandlungen der Holsteinischen Provinzialstände (1840/41), der Verhandlungen der 2ten Kammer des Großherzogthums Baden (1831 /1832) und der Verhandlungen der Badischen Ständeversammlung über die Emancipation der Juden (1833) neu ediert werden.

Bestellungen über Buchhandlung oder direkt beim Böhlau-Verlag: http://www.boehlau-verlag.com/978–3-412–20864-6.html

Deutsch-jüdische Autoren des 19. Jahrhunderts. Schriften zu Staat, Nation, Gesellschaft. Werkausgaben Herausgegeben von: Michael Brocke, Siegfried Jäger und Jobst Paul Band 3,1 Gabriel Riesser Ausgewählte Werke Teilband 1 Herausgegeben von: Jobst Paul und Uri R. Kaufmann 2012, 280 S.

Preis: € 39.90 [D] | € 41.10 [A]

ISBN 978–3-412–20864-6

http://www.disskursiv.de/2012/09/06/diss-neuerscheinung-riesser/

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Joschka Fischer: Ein Mann der USA und Israels

Sei es dem Sommerloch geschuldet, einer tiefsitzenden, im Kern unpolitischen Antipathie oder anderen Außenstehenden nicht nachvollziehbaren Gründen: die Doppelausgabe von ZUERST! für die Urlaubsmonate August und September ist Joseph Fischer, dem ersten deutschen Minister, der aus den Reihen der Grünen kam, gewidmet. „Ich, Gottvater – Joschka Fischer und die Welt“ lautet der knallige Aufmacher. Und damit auch jeder sofort merkt, woher der publizistische Wind weht, wird dazu die Aussage des Publizisten GÜNTER MASCHKE besonders farblich hervorgehoben: „Ein richtig fieses Schlammtier“.

Allerdings spielt Fischer, der als deutscher Außenminister vorgeblich antifaschistische Motive als Vorwand benutzte, um den Aggressionskrieg der NATO gegen Serbien zu rechtfertigen, seit Jahren keine offizielle politische Rolle mehr. Selbst seine Lobbyistentätigkeit für die Gaspipeline NABUCCO, durch die Erdgas aus der südlichen Kaukasusregion unter Umgehung Russlands nach Westeuropa transportiert werden sollte, war nicht von Erfolg gekrönt: Das Projekt ist praktisch tot. Was bewegt die Macher von ZUERST! also dazu, einem Politrentner seitenweise Raum zu geben?

Immerhin neun Seiten beschäftigen sich ROBERT DIEHL, DIRK REINARTZ und FALK TIEDEMANN in der Titelgeschichte mit Fischers Werdegang – ohne allerdings irgendetwas Neues bieten zu können. Vorgeworfen wird ihm mangelndes Nationalgefühl: „Tatsächlich hat sich an der politischen Grundüberzeugung überhaupt nichts geändert – die war antinational und ist es immer noch. Gewechselt wurde lediglich der Instrumentenkasten, da sich marxistische Rhetorik und Straßenkämpferpose letztlich als untauglich erwiesen haben, das Programm des Internationalismus voranzubringen“. Worin dieses Programm besteht, wird erst am Ende des Beitrages kurz ausgeführt: „Das ECFR-Programm (*European Council on Foreign Relations – tri*) heißt: Die Krise nutzen, um den Abbau der nationalen Souveränität zu beschleunigen und die EU-Zentralisierung voranzutreiben“. Warum der ECFR, eine Einrichtung, die US-amerikanische Interessen vertritt, die EU-Zentralisierung und damit den forcierten Aufbau eines europäischen Konkurrenten der USA fördern soll, bleibt das Geheimnis der Autoren.

Zur „antinationalen“ Haltung Fischers kommt eine weitere politische Todsünde: seine unverbrüchliche Freundschaft zum israelischen Staat: „2004 wurde ihm der Leo-Baeck-Preis des Zentralrats der Juden in Deutschland verliehen, für seinen Einsatz gegen Antisemitismus und seine Rolle als Vermittler im Nahostkonflikt. Dabei habe er ‚niemals Zweifel an seiner Verantwortung für die Sicherheit Israels erkennen lassen‘ , so der damalige Zentralratspräsident Paul Spiegel. Auf eine ‚unparteiische‘ Wahrnehmung der Vermittlerrolle deutet das nicht hin. Gerade deswegen ist man wahrscheinlich in Israel so begeistert über Fischer...“. Und es kommt noch schlimmer: „Doch nicht nur der Nahoststaat, sondern auch ‚Gods own Country‘ hat es dem früheren Amerikafeind auf ganz besondere Weise angetan“.

Auf den Punkt bringt die rechten Vorwürfe gegen Fischer Dr. ALFRED MECHTERSHEIMER, früherer parteiloser Bundestagsabgeordnete, der zu Hochzeiten der Friedensbewegung in den frühen achtziger Jahren auf der Liste der Grünen ins Parlament gelangte aber im Laufe der Zeit seine stramm rechte Gesinnung nicht mehr verbergen konnte (und wollte): „Eine direkte Konfrontation hat Fischer stets vermieden, aber mit seinem Auschwitz-Gerede hat er gegen alle nationalen Regungen Stimmung gemacht....Daß man in Deutschland nur dann ein wichtiges Amt erhalten kann, wenn man das Vertrauen der internationalistischen Eliten in Europa und den USA bekommt, hat er früh begriffen, so wie später auch Herr von Guttenberg. Deutsche Lösungen lehnte er stets mit dem Hinweis auf Europa ab, etwa bei der atomaren Bewaffnung. Aber die USA waren für ihn stets wichtiger, als etwa Frankreich. Etwas verkürzt kann man sagen, Fischer hat sich nicht an deutschen interessen orientiert, sondern an US-amerikanischen und israelischen“.

GÜNTER MASCHKE, ein früherer Linker und heute rechter Ideologe versucht, Fischers Politik weltanschaulich zu erklären. Auf die Frage „Als Joschka Fischer 1998 Bundesaßenminister wurde, hatten vor allem viele Bürgerliche Angst, daß sich nun die Ausrichtung der Außenpolitik (Westbindung, NATO-Mitgliedschaft, Israel-Unterstützung) ändern würde. Doch das Gegenteil war der Fall... antwortet Maschke: „Da sieht man das Mißverständnis. Fischer war ja nie Marxist, Fischers antiautoritärer Gestus kann ja auch als Element allgemeiner Demokratisierung begriffen werden. Die demokratische weltrevolution durch die USA, die weltweite Durchsetzung des westlichen Verständnisses der Menschenrechte fand Fischer ja gut. Deshalb ist sein Handeln als Politiker gar nicht soo (*so im Original – tri*) unlogisch, wie viele Rechte es immer meinen. Der US-Imperialismus, der sich heutzutage als Menschenrechtsbewegung verkauft, ist ja nicht soo (*so im Original – tri*) weit weg von dieser diffusen Emanzipationsvorstellung, der Fischer früher nahestand. Man sollte nie vergessen, dass die Vereinigten Staaten der erste linke Statt waren“. An dieser Erklärung ist zumindest eines richtig: Die Vorstellung von der Universalität der Menschenrechte und die Forderung nach Demokratie und nach der politischen Gleichheit der Menschen, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Nationalität, Religion, Hautfarbe und sozialem Stand sind unabdingbare Grundpfeiler linken Denkens. Das ein Teil dieser Vorstellungen in den Vereinigten Staaten von Amerika für einen Teil der Menschen früher verwirklicht wurden als in Europa, ist eine Tatsache. Daraus aber zu folgern, linke Politik bedeute die Unterstützung der US-Politik ist intellektuell unredlich und demagogisch.

Ansonsten bietet die Doppelnummer das, was die ZUERST!-Leser(innen) von einer Rechtspostille erwarten. Den Geschichtsrevisionismus bedient der frühere Republikaner-Abgeordnete des Europäischen Parlaments HARALD NEUBAUER („Sind nicht zwei Weltkriege veranstaltet worden, um Europa wie überhaupt unsere schöne Erde vor deutscher Führung zu bewahren?“) und für die sommerliche Erbauung an Nazi-Ästhetik ist DORIAN REHWALDT zuständig, der über das „Haus der Deutschen Kunst“ schreibt: „Am 18. Juli 1937 fand dann die feierliche Eröffnung des klassizistischen Monumentalbaus statt… Fortan sollte das Haus ein Hort der gegenständlichen Kunst, insbesondere der Malerei werden.“ Die abgebildeten Machwerke konterkarieren seine Verharmlosung allerdings sofort. *tri* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 24 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 48 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,– Euro).

Erscheinungsweise: 14-täglich

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507